

Anhang

Geschichte der DDR¹

Vom Volksaufstand 1953 über den Mauerbau bis zur Rolle der Stasi in der Friedlichen Revolution: Über die Menüleiste links erreichen Sie Themendossiers zu wichtigen Etappen der DDR-Geschichte, sie werden nach und nach ergänzt.

Die DDR-Geschichte im Überblick: Am **7.10.1949** wurde auf sowjetisches Betreiben auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Mit Rücksicht auf gesamtdeutsche Optionen gab sich der ostdeutsche Teilstaat formal zunächst bürgerlich-demokratisch: Die Verfassung lehnte sich eng an die Weimarer Reichsverfassung an, der Staat war föderalistisch gegliedert, fünf politische Parteien waren zugelassen. In Wirklichkeit lag die politische Macht von Anfang an ausschließlich bei der kommunistischen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützt wurde.

1952 propagierte die SED den „**Aufbau des Sozialismus**“ und gestaltete die DDR systematisch nach sowjetischem Vorbild um. Dazu gehörten nun ein zentralistischer Staatsaufbau und die Auflösung der Länder, Enteignung privater Unternehmen zugunsten verstaatlichter Betriebe, die gegen den Widerstand vieler Bauern durchgesetzte Kollektivierung der Landwirtschaft, der Kampf gegen die Kirchen, die Marginalisierung des traditionellen Bürgertums und die Förderung einer neuen Elite aus bislang unterprivilegierten sowie politisch als zuverlässig angesehenen Bevölkerungskreisen.

In der DDR-Verfassung von 1968 verankerte die **SED** ihren Führungsanspruch. Die übrigen Parteien ordneten sich in jeder Hinsicht der SED unter, die somit faktisch eine Ein-Parteien-Herrschaft ausübte. Freie Wahlen ließ die SED nie zu. Das DDR-Parlament, die Volkskammer, blieb deshalb politisch unbedeutend, eine politische Opposition war nicht zugelassen.

¹ http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/_node.html [01.11.2016].

Am 8.2.1950 wurde das **Ministerium für Staatssicherheit (MfS)** gebildet, eine Geheimpolizei, die sich als „Schild und Schwert“ der SED verstand. Das MfS verfolgte die Menschen, die Widerstand gegen das neue politische System leisteten und überwachte mit einem immer weiter ausgebauten Spitzelsystem die Bevölkerung. Dennoch entlud sich die große Unzufriedenheit mit der SED-Herrschaft am 17. Juni 1953 in einem landesweiten Volksaufstand. Die Menschen forderten den Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen und die Einheit Deutschlands. Nur durch den Einsatz sowjetischer Truppen konnte der Aufstand niedergeschlagen werden. Etwa 100 Menschen verloren dabei ihr Leben.

Zudem verließen zwischen 1949 und 1961 rund 2,7 Millionen Menschen die DDR in Richtung Bundesrepublik. Um die **Flüchtlingswelle** zu stoppen, ließ die SED-Führung am 13.8.1961 eine **Mauer** um West-Berlin errichten und schloss damit die letzte offene Grenze zwischen beiden deutschen Staaten. Nachfolgend perfektionierte die DDR die Überwachung ihrer Grenzen, so dass die Menschen faktisch eingesperrt waren. Zugleich markierte der Mauerbau die „innere Staatsgründung“ der DDR, da sich die DDR-Bürger nun dauerhaft mit diesem Staat arrangieren mussten und die Macht der SED sowie die Existenz der DDR auf lange Frist gesichert schien. Kurze Phasen kulturpolitischer Liberalisierung und wirtschaftlicher Experimente wechselten mit Rückschritten.

Außenpolitisch kam es im Zuge der **neuen Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt** seit 1969 zu einer Phase der Entspannung zwischen Ost und West. Am 21.12.1972 schlossen die DDR und die Bundesrepublik den Grundlagenvertrag mit dem Ziel „normaler gutnachbarlicher Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“. Die DDR wurde nun erst als Staat weltweit anerkannt. Innenpolitisch setzte die SED in dieser Phase weiterhin auf Repression. Das MfS wurde personell aufgestockt, anstelle offener Unterdrückung traten flächendeckende Überwachung und vorbeugende geheimpolizeiliche Maßnahmen gegen potenziell widerständiges Verhalten.

Nachdem **Erich Honecker** am 3.5.1971 das Amt des SED-Generalsekretärs von Walter Ulbricht übernommen hatte, versuchte er durch eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik den Lebensstandard anzuheben und damit

die Bevölkerung für die SED-Politik zu gewinnen. Doch viele DDR-Bürger verglichen ihre Situation mit der in der Bundesrepublik, wo die Menschen politische Freiheiten und einen höheren Lebensstandard genossen. Dagegen erwies sich die SED wiederholt als reformunfähig. Sie unterstützte ab 1968 die Niederschlagung des Prager Frühlings, bürgerte 1976 den Regimekritiker Wolf Biermann aus und stellte sich schließlich auch gegen die sowjetische Reformpolitik, die Michail Gorbatschow als neuer Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) ab Mitte der achtziger Jahre einleitete.

Als Reaktion auf die politische und wirtschaftliche Stagnation gründeten sich seit Anfang der achtziger Jahre überall in der DDR kleine, **unabhängige Oppositionsgruppen**, die im Herbst 1989 den Massenprotesten der DDR-Bevölkerung gegen die SED-Diktatur den Weg bereiteten. Nachdem Ungarn am 10.9.1989 seine Grenze nach Österreich für DDR-Bürger öffnete, flohen wie vor 1961 wieder Zehntausende in den Westen. Da sich die sowjetische Führung, anders als 1953, weigerte, das SED-Regime notfalls auch militärisch zu stützen, ließ sich der Zusammenbruch der DDR nicht mehr aufhalten.

Der **Fall der Berliner Mauer am 9.11.1989** markierte symbolträchtig das Ende der deutschen und europäischen Teilung. Am 20. September 1990 stimmten die beiden deutschen Parlamente dem Einigungsvertrag zu, einen Tag später der Bundesrat. Mit der **deutsch-deutschen Wiedervereinigung am 3.10.1990** war die Geschichte der DDR vorbei.

Aufbau der Grenze²

Von Tobias Pohl

Beginnen möchte ich die heutige Thematik damit, dass ich Ihnen knapp ein Streiflicht in Bezug auf die Thematik der Aufarbeitung des Grenzregimes gebe.

1996 hat im Zuge des Prozesses gegen Generaloberst a.D. Baumgartner der Vorsitzende des Gerichts, Friedrich-Karl Föhring, angemerkt, dass es in jenem Prozess nicht um eine **„Delegitimierung oder Kriminalisierung der DDR gegangen sei, sondern um die Prüfung einer individuellen Schuld.** Hierzu hat er festgestellt:

„Zu glauben, die Angeklagten hätten ihr Tatunrecht nicht erkannt, fällt schwer. Ihnen dies mit Sicherheit zu widerlegen auch. Sich hinter Honecker, Mielke, Keßler [und anderen] zu verstecken, ist menschlich. [...] Die Angeklagten hätten sich verteidigen können, das Unrecht des Grenzregimes erkannt und innerlich mißbilligt, jedoch nicht den Mut aufgebracht, ihre bürgerliche Existenz aufs Spiel zu setzen [...].“

Föhring hat jene Verallgemeinerungen - die Grenztoten habe der Kalte Krieg zu verantworten - gewehrt und statt dessen gefragt, wie derjenige, der an der Grenze Dienst getan hat, seinen Dienst versehen hat. Es ist die Frage der Rechtsprechung: **Wo beginnt und wo hört individuell schuldhaftes Verhalten auf.**

An zwei Sachen möchte ich jenen Gedanken weiterführen und kurz vertiefen wollen: einerseits an der Frage der militärischen Ausgestaltung der Grenzsicherung, andererseits an der Frage des Schusswaffengebrauchs.

Die erste Frage berührt die Bemühungen um diejenigen, die sich noch während der Zeit der DDR um Reformen bemüht haben, diese aber nicht haben durchsetzen können. Im Kern ist es dabei darum gegangen, dass, wie Pech beispielsweise immer wieder gesagt hat, **der „militärische Schutz der Staatsgrenze und seine Einordnung in die Landesverteidigung [...] in einer Weise auf alle Bestandteile des Grenzregimes [durchgeschlagen hat], die**

² Der Text entspricht einem Vortrag von Tobias Pohl in Ansbach.

weder der Sache angemessen [...] noch den Bedingungen und Notwendigkeiten gerecht“ geworden sei. Als Fazit fasst Pech zusammen:

„Das von der DDR praktizierte militärische Grenzregime war nicht alternativlos. Fragen nach der Gestaltung des Grenzregimes waren sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Grenztruppen [...] ein Tabuthema.“

Vorab: Auf der Grundlage jener Äußerungen kann man sehr wohl davon ausgehen, dass diejenigen, die an der Grenze ihren Dienst versehen haben, um das, was sie getan haben, **gewusst haben müssen**. Die Frage aber ist, warum die Reformanstrengungen, die angeblich da gewesen sind, nicht durchgesetzt worden sind, warum diejenigen, die jetzt darauf hinweisen, dass man es auch hätte anders gestalten können, 40 Jahre lang dieses System mitgetragen haben.

Allein dadurch ist dieser Zug der Aufarbeitung des Grenzregimes von Interesse, denn er zeigt in einer eindeutigen Sprache, dass **das Unrechtsbewusstsein der Grenzer vorhanden gewesen ist**, so dass man sich alsdann die Frage aus sozialpsychologischer und sozialwissenschaftlicher Perspektive stellen kann, warum diejenigen, die um ihr Unrecht gewusst haben, das Unrecht trotzdem begangen haben. Allein mit solchen Fragen ist man sehr schnell in der Totalitarismusforschung angelangt, die hier aber nicht zur Debatte stehen wird.

Dennoch aber so viel: Es scheint sich bei derartigen Äußerungen um einen Verdrängungsmechanismus zu handeln; derartige Formen der Verdrängung hat es viele gegeben. In diesem Zusammenhang hat Oberst Bazily 1997 auf einer Pressekonferenz gesagt:

„In meinen Verantwortungsbereich [...] gab es zu jeder Zeit Hunderte von Offizieren, die so das Grenzregime nicht haben wollten. Es wurden immer wieder Versuche unternommen, durch eine starke Hinterlandsicherung und unter den Gegebenheiten des Reiseverbots die Schusswaffe nur noch auf bewaffnete Grenzverletzer anzuwenden. Grenzverletzer sollten im Hinterland aufgespürt und unter gleichzeitiger Abriegelung der vorderen Grenzlinie durch Suchtrupps festgenommen werden. [...] Ich schäme mich [...] für das Befehlsregime in der Grenzsicherung, wo die einfachen Posten und Postenführer keine Möglichkeit hatten, den Grenzverletzer ohne Schusswaffeneinsatz festzunehmen.“

Hier schimmert ein Unrechtsbewusstsein insofern durch, als dass man sich moralisch durchaus zu hinterfragen hat, in welcher Art man Grenzverletzer an ihrem Fluchtversuch zu hindern habe. **Aber** haben Sie gemerkt, wie über jene Menschen, die auf ihr Recht der Freizügigkeit gepocht haben, gesprochen worden ist? Es sind immer noch die Grenzverletzer, immer noch diejenigen, die man verfolgen müsse, um sie in ihrem menschenrechtlichen Vorhaben zu hindern. Da setzt das Unrechtsbewusstsein **nicht** ein.

So hat jüngst, 2012, in diesem Zusammenhang der Sohn eines Grenztoten denjenigen aufgesucht, der den tödlichen Schuss abgegeben hat; auf dessen Frage nach der Beurteilung jener Situation hat der Grenzer lediglich geantwortet, dass der Sohn durch seine aufarbeitende Nachfrage das Weihnachtsfest des ehemaligen Grenzsoldaten versaut habe. Danach hat er die Tür zugeschlagen.

In diesem Zusammenhang bin ich bereits beim zweiten Aspekt angelangt, nämlich der Frage nach dem Gebrauch der Schusswaffe. Vorab: Im Verlauf des Referats werde ich noch genauer auf diesen Teil eingehen; Sie müssen hier erst einmal davon ausgehen, dass die Schusswaffe sehr wohl gebraucht worden ist.

So hat Oberst Ziegenbein in diesem Zusammenhang 1997 auf einer Pressekonferenz gesagt:

„Die politische Führung der DDR war sich der Tragweite durchaus bewusst. Durch höheren Kräfteinsatz versuchte man dann, den Verzicht auf die Anwendung der Schusswaffe auszugleichen [...]. Natürlich wurde die Frage gestellt, warum das nicht dauerhaft ging. Es wurde damit begründet, dass eben dauerhaft Kräfte fehlten.“

Man kann dies nicht unkommentiert stehen lassen, denn Oberst Ziegenbein versucht zu vermitteln, dass es im Bereich des Möglichen gewesen sei, auf eine Schusswaffe zu verzichten. Natürlich ist die DDR auf ihre Außenwahrnehmung angewiesen gewesen und hat dafür vieles gemacht, aber nichtsdestotrotz hat die DDR auf den Schusswaffengebrauch gesetzt, allein schon der Abschreckung wegen. **Als die DDR-Führung Mitte der 80er Jahre Lockerungen durchgeführt hat in Bezug auf den Schusswaffengebrauch und die Minen, da ist es folglich dazu gekommen, dass die DDR-Bevölkerung sich nicht mehr so schnell hat abschrecken lassen und die angeblichen**

Offiziere der Grenze eine Änderung der Praxis der Grenzsicherung gefordert haben.

Eine juristische Aufarbeitung ist durchaus erfolgt, aber man hat in sehr vielen Fällen einfach nicht schaffen können, die individuelle Schuld des Angeklagten nachweisen zu können. Dadurch ist das Thema der Aufarbeitung des Grenzregimes bis heute eines der am meisten debattierten Themen innerhalb der Aufarbeitungslandschaft zur Geschichte der DDR.

Insofern - abschließend zu diesem ersten Aspekt - kann man die Arbeit der zahlreichen Bildungs- und Gedenkstätten an der ehemaligen innerdeutschen Grenze nicht hoch genug werten: Herausragend in diesem Zusammenhang ist Point Alpha, Mödlareuth und das Grenzlandmuseum Eichsfeld. Daneben gibt es viele weitere Museen, auch auf lokaler Ebene.

I. Grenze und Grenzsystem

Begriff der Grenze³ - Grundlagen

Eine Grenze, ganz allgemein, bezeichnet **vorab erst einmal den Rand eines Raumes**, in diesem Falle den Rand eines Territoriums. Dadurch fungiert eine Grenze als Trennung zwischen zwei neben einander existierenden Gebieten oder Räumen bzw. Territorien.

Denkt man diesen ersten Aspekt weiter, dann stößt man unmittelbar in das Feld des Völkerrechts vor: Hier werden diese Grenzen dann **Staatsgrenzen oder Politische Grenzen** genannt. Der Zweck der Staatsgrenze ist einmal, dass man **die territoriale Integrität seines Staatsgebietes gegenüber seinen Nachbarn** sichert, andererseits dass man den **räumlichen Geltungsbe- reich der eigenen staatlichen Rechtsordnung exakt abgrenzt**. Staatsgrenzen werden natürlich nach außen hin sichtbar gemacht: In diesem Zusammenhang spricht man von **Grenzbefestigungen**, welche - unabhängig von natürlichen und künstlichen Grenzen - aufgestellt werden. Grenzbefestigungen können Sträucher, Hecken, Mauern, Wälle, **Zäune, Minengürtel oder größere elektrisch gesicherte Anlagen** sein. Je nach den Anforderungen des jeweiligen Grenzgebiets können Grenzen entweder **überwacht**

³ Die DDR hat mehrere Grenzen gehabt; unterschieden werden müssen dabei die Grenzen zum westlichen Ausland, welche eine extreme Sicherung gehabt haben, und die Grenzen zu Polen und der Tschechoslowakei, welche weit weniger gesichert gewesen sind.

werden oder aber auch gesichert. Grenzüberwachung verweist dabei darauf, den Grenzübergang zu kontrollieren – mit wenigen Grenzen und einem eher minimalistischen Ansatz. Die innerdeutsche Grenze ist in diesem Zusammenhang 1945/49 einer bloßen Überwachung zugeführt worden - hier im Sinne der Kontrolle des kleinen Grenzverkehrs. Grenzsicherung geht über jenen skizzierten Minimalismus hinaus und umfasst „umfassende Maßnahmen“ zur Absicherung der Grenze, wie es 1952 in den Weisungen zum neuen Grenzregime geheißen hat. Ab 1949, spätestens ab 1952 ist die innerdeutsche Grenze einem **umfassenden Grenzsicherungssystem** zugeführt worden.

Funktionalität der Grenze

Eine Grenze funktioniert normalerweise **nach außen** hin - immer in dem Sinne, dass ein Staat, der seine Grenzen sichtbar festgelegt hat, dem „völkerrechtlichen Nachbarn damit bestimmte Dinge sagen möchte“.

Es soll völkerrechtliche Subjekte in unmittelbarer Nachbarschaft **rechtlich trennen**. Daraus ergeben sich zwei Folgefunktionen, wenn man so will: (1) Auf dieser Grundlage soll dem anderen angezeigt werden, dass hier die besagte völkerrechtliche Grenze liegt und **mit Übertreten dieser Demarkationslinie - betrachtet vom völkerrechtlichen Ausland her - man in die Rechtseinheit desjenigen Staats tritt**, der durch die Grenze vom völkerrechtlichen Ausland getrennt worden ist. Einfach: Einem Deutschen muss man in Deutschland nicht sagen, dass er in Deutschland lebt; Menschen anderer Nationalität aufgrund von Staats- und Völkerrecht schon. (2) Ebenso soll eine Grenze als **rechtliche Substanz bei Grenzzwischenfällen** dienen. So ist die Grenze hier, erst einmal unabhängig davon, wie man die Grenze festgelegt hat, ein Beweis für ein mögliches Grenzverbrechen des Auslandes, so dass derjenige Staat, dessen Grenze beweiskräftig verletzt worden ist, nun völkerrechtlich das Recht hat, gegen jenen Grenzverletzer vorzugehen.

Schließlich richtet sich eine Grenze - funktional gesehen - auch nach innen. So zeigt eine Grenze an, dass **derjenige, der das Staatsgebiet über diese Grenze verlässt, eben das Staatsgebiet und damit die in diesem Staatsgebiet herrschende Rechtseinheit verlässt**. Diesen Aspekt müssen wir uns in Bezug auf die DDR noch merken. Vorab erst einmal: Eine derartige Funktion - mit Blick auf den normalen Grenzverkehr - ist eher geringer zu betrachten

und wird eigentlich aufgenommen durch die schon zuvor gemachten Äußerungen.

Insofern muss man hier kurz festhalten: Die Grenzen wirken nach außen, gegenüber dem völkerrechtlichen Nachbarn.

Die DDR nun hat die Grenze - mit Ausnahme ideologischer Verballhornungen - nie in diesem Sinne verstanden: **Die Grenze der DDR hat sich immer nach innen gerichtet.** Sie ist sogar so weit gegangen, dass das Grenzregime schon dort angefangen hat, wo man eine mögliche Ausreise, in welcher Form auch immer, geplant hat. Eine derart verstandene Grenze ist eher zu begreifen als Präventivgrenze, als totales Grenzregime.

Später wird noch einmal darauf eingegangen werden. Vorab muss man sich wenige Aspekte merken: **(1) Die Grenze der DDR hat sich nach innen gerichtet, so dass mehrere, zum Teil in Konkurrenz stehende Institutionen mit der Grenzsicherung beschäftigt gewesen sind. (2) Die Grenzbefestigung der DDR ist zu verstehen als Abschottungsanlage eines großen total durchdrungenen Gefängnisses.**

Aufbau der innerdeutschen, grünen Grenze

Eine einheitliche Grenze, wie man Sie skizzenhaft in Lehr- und Schulbüchern vorfindet, **hat es in der DDR nicht gegeben.** Das hat an erstens daran gelegen, dass die Grenzanlage teilweise entlang der **natürlichen Grenzverläufe** verlaufen ist, was dazu geführt hat, dass man bestimmte Grenzelemente hier entweder nicht einsetzen hat können oder schlichtweg nicht hat brauchen können. Hier denke man beispielsweise an die Grenze, welche durch Gewässer gegangen ist. Zweitens hat es damit zu tun, dass man **zwischen dem Grenzring um Berlin und der innerdeutschen Grenze allgemein zu unterscheiden hat;** so zeichnet sich die Grenze in Berlin allein schon dadurch aus, dass es dort eine Mauer gegeben hat, andernorts - mit ganz wenigen Ausnahmen - keine. Und schließlich hat es damit zu tun, dass man die **Grenzen unterschiedlich stark ausgebaut hat,** je nach den Bedingungen in Bezug auf die jeweiligen Grenzverletzer; so sind beispielsweise die Minen - in welcher Form auch immer - nicht an der gesamten innerdeutschen Grenze installiert gewesen.

An den Schutzstreifen angeschlossen hat sich der **Grenzsignalzaun**, der sich auf der gesamten Länge der Demarkationslinie befunden hat. In Ortschaften ist dieser durch Mauern ersetzt worden, so beispielsweise in Mödla-reuth. Allein das Übersteigen dieses ersten Zaunes hat ein Signal ausgelöst, durch welches die Grenztruppen der DDR alarmiert worden sind; aufgrund von Witterungsbedingungen sowie Tieren (Rehe, Wildschweine) hat der Grenzsignalzaun natürlich auch Alarm gegeben, wenn keine Flucht stattgefunden hat.

Verfolgt man nun den Aufbau der Grenze weiter, dann gelangt man nach Überwindung des ersten Zaunes in das **Innere der Grenzanlage**. In ihr haben sich mehrere Elemente befunden, beispielsweise ein **Hundefreigehege oder eine Hundelaufanlage**, welche dort angelegt gewesen sind, wo mit vielen Grenzdurchbrüchen zu rechnen gewesen ist, des Weiteren **Beobachtungstürme und Führungsstellen**, daneben Lichtsperrern, nochmals eine Kolonnenweg sowie ein sechs Meter breiter Kontrollstreifen, und schließlich ein **Kfz-Sperrgraben** oder, wenn besagter Sperrgraben nicht vorhanden gewesen ist, zumindest **Kfz-Hindernisse**.



Blick auf den Kfz-Sperrgraben.

Ist dieser Bereich überwunden worden, gelangt man nun zum **Metallgitterzaun** bzw. zum letzten Zaun vor der Freiheit. An diesem haben sich bis 1985 auch die SM-70-Minen befunden. Dieser Zaun ist so aufgestellt worden, dass er von Seiten der DDR ohne Hilfsmittel hätte nicht überwunden werden können; dadurch sind diejenigen, die sich zu einer Flucht entschlossen haben, dazu angehalten, Hilfsmittel mitzuführen, sei es eine Leiter, Seile, Wurfanker etc.

Zusammenfassend muss an dieser Stelle gesagt werden, dass diese Form der Grenzbefestigung seinesgleichen sucht; die DDR hat mit dieser Grenzbefestigung mehr oder weniger deutlich zu verstehen gegeben, dass es **sich beim Staat DDR um ein territorial verfasstes Gefängnis** gehandelt hat, ein **Hochsicherheitstrakt zur Erschaffung einer sozialistischen Gesellschaft** auf der Grundlage der Zusammenführung krimineller Bürger, deren Kriminalität darin bestanden hat, etwas anderes zu wollen als das DDR-Regime, nämlich die Freiheit.

II. Grundlage - Republikflucht

Unter Republikflucht versteht die DDR das Verlassen besagter DDR durch einen DDR-Bürger, ohne dass dieser eine Erlaubnis dazu erhalten hat. Allein diese Formulierung klingt schon bizarr; als ob die DDR seinen Bürgern die Ausreise erlaubt hätte. Das Gegenteil ist der Fall: **junge, arbeitsfähige DDR-Bürger hätten mehrere Anträge stellen dürfen bei den jeweiligen Behörden des Innenministeriums der DDR, ausreisen hätten sie nie dürfen**⁴; vielmehr wären sie entweder, ungewollt und heimlich, durch Mitarbeiter des MfS überwacht worden oder man hätte sie gezielt durch andere zur Verfügung stehende Mittel aus dem Verkehr gezogen, unter anderem durch den § 249 StGB der DDR.

Republikflucht ist ein Aspekt, der im Strafgesetzbuch der DDR geregelt wird; allein diese Tatsache zeigt die **Kriminalisierung des Menschenrechts auf Freizügigkeit** in der DDR. Allein das zeigt schon den Charakter der DDR an. So heißt es darin – gekürzt wiedergegeben:

„(1) Wer [...] ohne staatliche Genehmigung das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verläßt oder in dieses nicht zurückkehrt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder öffentlichem Tadel bestraft.

(2) In schweren Fällen wird der Täter mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft. Ein schwerer Fall liegt insbesondere vor, wenn

1. die Tat durch Beschädigung von Grenzsicherungsanlagen oder Mitführen dazu geeigneter Werkzeuge oder Geräte oder Mitführen von Waffen oder durch die Anwendung gefährlicher Mittel oder Methoden durchgeführt wird;

⁴ Ausnahmen hat es gegeben, zum Beispiel Familienzusammenführungen.

2. die Tat durch **Mißbrauch oder Fälschung von Ausweisen oder Grenzübertrittsdokumenten**, durch Anwendung falscher derartiger Dokumente oder unter Ausnutzung eines Verstecks erfolgt [...].

(3) Vorbereitung und Versuch sind strafbar.“

Wenn man sich diesen Aspekt durchliest, dann ist mit Blick auf den Aufbau der DDR-Grenze jeder Grenzverletzer ein Schwerverbrecher und hat mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren zu rechnen; **ohne Ausweise, ohne Werkzeuge, ohne die notwendigen Utensilien kann man die Grenze nicht überwinden.**

Interessant aber ist, dass trotz dieses Paragraphen und trotz des Wissens um eine eigentlich unüberwindliche Anlage so viele DDR-Bürger die Flucht in die BRD versucht haben.

Herr Richter wird Ihnen deutlicher zu verstehen geben, weshalb die Entscheidung, sich zu einer Flucht zu entschließen, mehr dargestellt hat als ein wenig Mut, jugendlicher Leichtsinn etc.

Vorab aber so viel: Diejenigen, die sich zur Flucht entschlossen haben, haben es zum einen **mit menschenunwürdigen fünf Kilometern Angst zu tun**; des Weiteren ist ein **Fluchtversuch stets mit der Ungewissheit gepaart**, ob man es schafft oder nicht - ganz im Sinne eines Roulettespiels; und zum andern schließlich haben diejenigen, die sich für eine Flucht entschieden haben, **niemals die Entscheidung nur für sich getroffen**. Das Gegenteil ist der Fall: Man hat die Entscheidung vordergründig für sich getroffen, aber unbeabsichtigt hat man diejenigen sozialen Bezugspersonen mit in jenes „Unrecht“ hineingezogen, von dem man ausgegangen ist, dass es nur einen selbst betrifft.

Bedenkt man das alles, dann sind aber die Motive, die dazu geführt haben, dass die DDR-Bürger geflohen sind, weit stärker gewesen als jeder Anflug von Angst, von Mutlosigkeit, von Hoffnungslosigkeit; es ist zumeist der **Wunsch nach Freiheit und Individualität** gewesen, zumeist der Wunsch danach, **sein Leben selbstverantwortlich gestalten zu wollen**. Ein Wunsch, der schließlich dazu geführt hat, dass man eine Flucht in Erwägung gezogen hat bzw. alsbald auch mit den dementsprechenden Planungen angefangen hat.

III. Ausgewählte Besonderheiten zur Grenze der DDR

a. Beschäftigte Kräfte des Grenzregimes

An der Grenze hat es einen „**Aufmarsch**“ **unterschiedlicher Organe und Institutionen gegeben**, die alle irgendwie miteinander **konkurriert** haben, so dass die Effektivität der Grenzsicherung - vorab einschränkend angeben - nie richtig hat realisiert werden können, trotz der Zahl, dass man in den 70er Jahren **über 90% aller Fluchtversuche** hat verhindern können.

Wenn man sich die Beschäftigten anschaut, dann muss man zwischen denjenigen unterscheiden, die hauptamtlich die Grenze bewachen, und denjenigen, die das mehr oder weniger in ihrer „Freizeit“, „ehrenamtlich“ mitmachen.

Zu den Hauptkräften zählen zum einen die **Grenzpolizei**, die 1961 sich zur Grenztruppe weiter entwickelt hat, insofern militärisch zu verstehen und zu beschreiben ist, des Weiteren der **Zoll**, welcher den innerdeutschen Handel kontrolliert hat, und schließlich das **MfS** und das **Mdl**, beide in ihren Methoden ähnlich und beide in extremer Konkurrenz zueinander stehend.

Die Aufgabe der Grenzpolizei ist dabei klar geregelt gewesen: Man hat die Grenze nach außen zu sichern, **man hat die Grenze nach innen zu sichern, also Fluchten zu verhindern**, und man hat die Grenzbevölkerung zu schützen, im Sinne der DDR zu überwachen. Durch die Besonderheit der innerdeutschen Grenze ist der Dienst der Grenzpolizei **eher als Gefängnisdienst an einer staatlich verstandenen Grenze zu verstehen**, denn die Sicherung der Grenze vor Übergriffen aus der BRD ist kaum zur Anwendung gekommen, vielmehr hat man mit **allen** zur Verfügung stehenden Mitteln Fluchten zu verhindern. Aufgrund der Tatsache, dass die DDR-Grenze Sperrgebiet gewesen ist, hat die Grenzpolizei über eine umfassende Macht zur Sicherstellung des Auftrages verfügt; die für uns gängigen Grundrechte hat der Grenzpolizist gegenüber der Bevölkerung des Sperrgebiets nicht gelten lassen müssen.

Das MfS und das Mdl haben neben ihren Tätigkeiten im Grenzgebiet stärker auf der Hinterland zu achten; beide, vor allem das MfS, hat versuchen sollen, Fluchten zu verhindern, wenn sie entstehen. **Abstrus kann man sagen: Das MfS hat sich bemüht, Fluchten zu verhindern, wenn diese gedanklich anfangen, in einem potentiellen Fluchtkandidaten zu reifen.**

Das Mdl hat in diesem Zusammenhang allein drei verschiedene Abteilungen gehabt, die sich mit möglichen Fluchtkandidaten zu beschäftigen gehabt haben. Neben der Polizei hat es den Grenz-ABV und die TraPo gegeben: Ausgehend von sogenannten „**Grenzgefährdeten Personen**“⁵ hat man gezielt nach denjenigen Personen im Grenzumland gefahndet, oder man hat gezielt Bahnhöfe in Grenznähe oder Zugreisen, die in die Nähe der Grenze gegangen sind, nach besagtem Personenmuster gesucht. Zumeist sind es Jugendliche gewesen, die man dabei besonders im Auge gehabt hat.

Das MfS hat ähnlich verfahren: Zum einen hat das MfS sich bemüht, auf der Grundlage ähnlicher Charakteristika **gezielt nach Personen zu suchen**, die sich dadurch verdächtig gemacht haben. Dieses hat das MfS nicht nur in Grenznähe getan, sondern überall in der Republik, durch den Einsatz von IM. Des Weiteren hat es alle anderen Institutionen, die mit dem Grenzsystem beschäftigt gewesen sind, **systematisch unterwandert**: So hat man unter anderem die Abteilung I der Kriminalpolizei des Mdl, welche sich mit Grenzfragen zu beschäftigen gehabt hat, mit OibE durchsetzt. Und schließlich hat man sich zum anderen mit denjenigen **Fällen zu beschäftigen, bei denen der Flüchtige getötet worden ist**; hierbei ist es vor allem um diejenigen Toten gegangen, die durch die SM70 umgekommen sind, denn das MfS hat diese sofort verbrennen lassen, alle Spuren jenes Verbrechens beseitigt und die Angehörigen nicht getröstet, sondern vielmehr überwacht.

Neben den hauptamtlichen Grenzkräften hat es auch diejenigen gegeben, welche die Grenzsicherung mehr oder weniger als Freizeitbeschäftigung angesehen haben. Vor allem auf die **Freiwilligen Helfer der Grenztruppe**⁶ will ich hier knapp hinweisen wollen, es hat noch weit mehr gegeben: Ehemalige Reservisten der NVA oder aber auch Mitglieder gesellschaftlicher Organisationen haben sich freiwillig dazu gemeldet, die Grenztruppen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Jene „**Freizeitdenunzianten auf beruflicher Basis**“, **anders kann man diese Leute nicht beschreiben, haben auf der Grundlage einer ihnen übertragenen Allmacht Leute, die ihnen verdächtig erschienen sind, zu beobachten, zu überwachen, zu kontrollieren und an jeder Form des möglichen Grenzübertritts zu hindern.**

⁵ Personen, die bereits im nichtsozialistischen Ausland gewesen sind, eine Erbschaft im nichtsozialistischen Ausland antreten wollen, Anträge auf Übersiedlung in das nichtsozialistische Ausland gestellt haben, staatlichen Kontrollmaßnahmen unterlegen sind, Kontakte ins nichtsozialistische Ausland gepflegt haben, aus dem Strafvollzug entlassen worden sind und keine Anzeichen einer Besserung gezeigt haben und schließlich Interesse an Informationen über die BRD gezeigt haben.

⁶ Man ist teilweise sogar auf Gedanken gekommen, dass man die gesamte Grenzbevölkerung in dieses System hat einbinden wollen. Glücklicherweise ist man von derartigen umfassenden Plänen zur Denunziation abgewichen.

Insgesamt muss man hier feststellen, dass die Grenze der DDR umfassend gesichert worden ist: Sie ist direkt an der innerdeutschen Grenze gesichert worden und sie ist im Hinterland präventiv gesichert worden. Zu verstehen ist dieses umfassende Grenzsicherungssystem nicht dadurch, dass die DDR ihr Gebiet vor einer feindlichen Einnahme hat schützen wollen, sondern allein **dadurch, dass die DDR-Führung bemerkt hat, dass der Sozialismus nicht das überlegene Gesellschaftssystem dargestellt und die DDR-Bevölkerung das erkannt hat und hat fliehen wollen.** Neben jener Perversität der Grenzsicherung steckt das Diktatorische vor allem in jenem Gedanken: Zu wissen, dass ein **System nicht funktionieren kann und dennoch Menschen davon abhalten zu wollen, sich von jener Systemmissgeburt abwenden zu wollen.**

b. Feindbild BRD

Diesen Punkt werde ich nur knapp referieren: Wesentlich vorab ist, dass die DDR in der Konkurrenzidee zur BRD entstanden ist, so dass vieles, was die DDR versucht hat, **zumeist verstanden werden muss als Konkurrenzhandlung zur BRD.** Aus diesem Konkurrenzdenken heraus ist es zu verstehen, dass die DDR in der USA, der NATO und vor allem der BRD das faschistische Ausland gesehen und den Glauben verbreitet haben, jenes faschistische Ausland bereite eine feindliche, militärische Übernahme der DDR vor. So hat man beispielsweise den DDR-Grenztruppen vermittelt, dass man **es täglich mit den „Söldnern des faschistischen Bonner Bundesgrenzschutzes“** zu tun habe, mit dem **„deutschen Militarismus“.**

Ausgehend davon ist es verständlich, dass darauf geachtet hat, dass man denjenigen, die an der innerdeutschen Grenze ihren Dienst versehen haben, ein **dem Konkurrenzkampf sinnvolles Feindbild eingebe.** So heißt es unter anderem über die BRD im kleinen politischen Wörterbuch, herausgegeben in der DDR:

„Der Imperialismus der BRD setzt sein ökonomisches und militärisches Potential zur Erringung der Vorherrschaft in Westeuropa ein. Der Macht des Monopolkapitals in der BRD ist das Streben nach Beseitigung des Sozialismus in der DDR [...]. Nach außen wird versucht [vor allem in Richtung der DDR], vor allem mit Hilfe der ideologischen Diversion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder aufzuweichen.“

Was heißt das? Die DDR ist seit ihrem Bestehen von ihrem drohenden Untergang ausgegangen, ein Szenario, das man innenpolitisch benötigt hat, um die totalitäre Diktatur aufrecht zu erhalten.

Mit Blick auf das heutige Thema bedeutet das eine Überführung des Konkurrenzdenkens in vereinfachte Stereotypen: die gute DDR auf der einen Seite und die böse BRD auf der anderen Seite. Folglich sind diejenigen, die an der Grenze stationiert gewesen sind, politisch-ideologisch geschult worden: So sind sie im Marxismus- Leninismus erzogen worden, haben gelernt, **den Feind abgrundtief zu hassen**, haben in Folge dessen alle Aufgaben zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft bedingungslos erfüllt und sind bereit gewesen, alle zur Verfügung stehenden Kräfte dafür einzusetzen, den **Feind zu vernichten**.⁷

c. Schusswaffengebrauch

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einen zentralen Aspekt der Methoden der Grenzsicherung eingehen, nämlich den Gebrauch der Schusswaffe. Ich werde alle anderen Formen der Grenzsicherung hier bewusst außen vor lassen, wohl wissend, dass auch diese hätten aufgearbeitet werden müssen, um das Verbrecherische des DDR-Grenzregimes zu verstehen.

Zum Schusswaffengebrauch hat ein leitender Offizier der Grenztruppen einmal Folgendes gesagt:

„Der Dienst zum Schutze der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik – und zwar mit allen Konsequenzen – ist Humanismus der Tat. [und an anderer Stelle heißt es weiter] Die richtige und wirksame Anwendung der Schusswaffe im Grenzdienst ist nicht nur eine gesetzliche Pflicht, sondern das zutiefst moralische und humanistische Recht eines jeden Angehörigen der Grenztruppen.“

So sehr man auch versucht sein will, diese Aussage zu verstehen, man kommt nicht umhin, zu erkennen, welches absurde Weltbild hier durchschimmert, **wie sehr das zuvor ausgemachte Feindbild hier zum Tragen**

⁷ Lapp verweist in diesem Zusammenhang durchaus darauf, dass die westalliierten Soldaten nicht immer freundlich gewesen sind, dass es mitunter sogar vorgekommen sein soll, dass Westalliierte im Spiel ihre Waffen in Richtung Osten gedreht haben sollen

Diese Grenzprovokationen sind aber durch die DDR-Führung nicht immer als solche aufgenommen worden; eher im Gegenteil ist die DDR für derartige provokative Akte auch dankbar gewesen, denn derartige Vorfälle sind wiederum sozialistisch übersetzt worden mit Blick darauf, wie man diese sinnvoll in die politisch-ideologische Arbeit einbinden hat können.

kommt. Und wie schlimm muss es für Opfer sein, wenn im Prozess 1996 der Angeklagte Baumgartner sich zu sagen getraut, dass man lediglich die richtige Anwendung meine, niemals aber eine Verpflichtung daraus ableiten könne.

Bevor man sich mit der Verpflichtung auseinandersetzen kann, muss man knapp der Frage nachgehen, wie das Grenzregime sich den Schusswaffengebrauch im Idealfall vorgestellt hat.

Mit der Direktive zum Schusswaffengebrauch von 1960 gewinnt man einen Einblick in die Vorgaben, die man als gesetzliche Grundlage anerkennen kann, wenn man so möchte. In diesem Zusammenhang heißt es, dass man von der Schusswaffe Gebrauch machen dürfen, wenn (1) **die Handlung ein Verbrechen gegen die Souveränität der DDR, gegen die Menschenrechte**, ein Verbrechen gegen die DDR an sich darstellt, (2) wenn man **dadurch eine Flucht verhindern könne**, (3) wenn **andere Mittel nicht ausreichen** würden oder schließlich (4) wenn Personen einem Aufruf des Grenzpostens nicht Folge leisten würden.

Haben Sie bemerkt, wie sarkastisch das DDR-Regime mit dem Begriff der Menschenrechte umgegangen ist? Der Grenzverletzer ist ein Verbrecher an der DDR und der Souveränität der DDR; damit, glaube ich, wird ein Grenzverletzer sicherlich leben können. Aber wie kann ein Grenzverletzer, der nach Freiheit strebt, der auf seinem Recht nach Freizügigkeit besteht, ein Verletzer der Menschenrechte sein? Oder anders gefragt: **Wie kann ein Regime glaubhaft vermitteln, ein Verteidiger der Menschenrechte zu sein, und gleichzeitig auf diejenigen feuern lassen, die sich auf das verdingte Recht nach Freiheit berufen?**

Derartige Fragen hat die DDR nie beantwortet. Mit Blick auf die außenpolitische Reputation der DDR hat man lediglich versucht, den Schusswaffengebrauch einzuschränken im Sinne eines 1982 endlich erlassenen Grenzgesetzes. Darin werden die Formulierungen zum Schusswaffengebrauch insoweit präzisiert bzw. entschärft, als dass man sagt, dass die Anwendung der Schusswaffe lediglich die **äußerste Maßnahme der Gewaltanwendung gegenüber Personen** darstellen dürfe.

Gegipfelt hat diese Entwicklung in einem mündlichen Befehl Honeckers, der eigentlich alles sagt. So heißt dieser sinngemäß:

„Es gilt zu beachten: Lieber einen Menschen abhauen lassen, als in der jetzigen politischen Situation die Schusswaffe einzusetzen.“

Der Verweis auf **die jetzige politische Situation** impliziert natürlich, dass sich, wenn die Entwicklungen hätten günstig verlaufen können, das DDR-Grenzregime des Schusswaffengebrauchs sicherlich wieder besonnen hätte.

Betrachtet man den Aspekt des Schusswaffengebrauchs einmal etwas genauer, hier mit Blick auf die theoretischen Forderungen sowie die mögliche Praxis.

Im Idealfall hat man als Grenzsoldat wie folgt zu verfahren, **bevor man die Schusswaffe einsetzt**: Zuerst rufen, dann durchladen, dann mindestens einen Warnschuss abgeben (dabei sollte darauf aufgepasst werden, in welche Richtung man den Warnschuss abgibt) und schließlich dann **ein gezielter Schuss**. Der Zuruf hat unter bestimmten Bedingungen ausbleiben können, so dann, wenn die Entfernung zu groß gewesen ist oder die umliegenden Geräusche zu laut gewesen sind.

Fakt aber ist: Der gezielte Schuss, Einzelfeuer, ist theoretisch gefordert worden, in der Praxis hat man schon einmal ein komplettes Magazin abgeschossen. Und Fakt ist: Bei verhinderten Fluchten hat ein Grenzsoldat schon einmal Urlaub erhalten. Beide Aspekte weisen darauf hin, dass eine theoretische Forderung nach der Einschränkung eines Schusswaffengebrauchs in der Praxis scheinbar nicht existiert hat.

Deutlicher wird dies vor allem bei den Formeln zur Vergatterung des Grenzdienstes.

So heißt es in der Vergatterungsformel von 1964, dass man Grenzverletzer **festzunehmen oder unschädlich zu machen** habe. Seit 1967 spricht man anstatt von der Unschädlichmachung schlicht von der **Vernichtung** des Grenzverletzers. Mit Vernichtung kann man meines Erachtens, wenn man zurück an die Aussagen des Herrn Baumgartner denkt, sehr wohl **eine Verpflichtung zum Gebrauch der Schusswaffe erkennen**. Deutlicher wird es 1977 und schließlich 1985. So heißt es in der Vergatterung 1977:

„Die Verfolgung hat das Ziel, Grenzverletzer in kürzester Zeit und unter Ausnutzung des Geländes festzunehmen oder zu vernichten.“

Und 1985 heißt es dann:

„Durch die Grenzsicherung sind alle Versuche aggressiver und staatsfeindlicher Handlungen gegen die Staatsgrenze rechtzeitig aufzudecken, aufgeklärte Handlungen aktiv und entschlossen zu verhindern oder abzuwehren sowie gegnerische Kräfte festzunehmen oder, wenn alle Möglichkeiten zur Festnahme erschöpft sind, zu vernichten.“

Noch einmal: Natürlich kann man aus diesen Formeln nicht den Aufruf zur gezielten Tötung der Grenzverletzer erkennen, aber allein das Feindbild, das dadurch angesprochen wird, allein die sprachlichen Besonderheiten, die hier angedeutet werden, allein das macht es schwer, wirklich glauben zu können, dass ein Grenzsoldat wirklich an einer Festnahme des Grenzverletzers interessiert gewesen ist.

Insofern, abschließend zu diesem Punkt, sind jene Worte von Herrn Baumgartner im Prozess - auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften - leider nachvollziehbar, auf der Grundlage der sprachlich verfassten Vorschriften, des ideologisch vermittelten Feindbildes aber alles andere als plausibel geschweige denn verstehbar. In diesem Zusammenhang wäre es mit Blick auf die Aufarbeitung gut, wenn die ehemaligen Grenzsoldaten sich aus der Position der Befehlskette heraus bewegen würden, wenn sie vor allem zugeben würden, dass der Gebrauch der Schusswaffe im Grenzbereich Realität gewesen ist.

Das Ministerium für Staatssicherheit – Thesen zu Aufgaben und Struktur, zu Tätern, Opfern und den Folgen

Von Dr. Wolfgang Welsch

1. Gründung, Aufgaben, Ziele des MfS, Mitarbeiter

Als die *Volkskammer* in Ostberlin am 8. Februar 1950 den Gründungsbeschluss des SED-Politbüros absegnete, sah alles nach normalem Verwaltungsakt aus: Die bislang dem Innenministerium unterstehende 'Hauptverwaltung für den Schutz der Volkswirtschaft' stieg auf zum Ministerium. Aus Polizisten wurden nun auch offiziell "Tschekeiten" - Menschen, denen die sowjetische Geheimpolizei (Tscheka) und dessen Chef, Feliks Edmundowitsch Dzierzynski als Vorbild galt. Nicht allen Abgeordneten im Scheinparlament war die Tragweite des Beschlusses klar. Das Ministerium für Staatssicherheit entwickelte sich zu einem gegen das Volk gerichteten Unterdrückungsinstrument.

Das SED-Regime bestand im Wesentlichen aus dem Machtapparat der Partei und ihrem Schutz- und Repressionsinstrument, der Stasi. Es war sozusagen die Sicherheitszentrale der kommunistischen SED, "Schild und Schwert der Partei" zum Schutz ihres totalen Herrschaftsanspruchs, ein Macht- und Überwachungssystem mit 90-tausend offiziellen Mitarbeitern und 180-tausend Inoffiziellen (IM). Das war in der Geschichte ohne Beispiel. Es sicherte nicht nur den Staat, sondern vor allem die Macht der Partei, die den Staat vollkommen usurpiert hatte. Die Stasi war praktisch in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten. Es gab nichts, was sie nicht kontrollierte. Jeder Bürger wurde als potentielles Sicherheitsrisiko für den Machtanspruch der Partei betrachtet. Sie selbst unterlag keinerlei parlamentarischer Kontrolle. Unter der Devise 'Sicherheit geht vor Recht' waren der Willkür und dem psychologischen Terror keine Grenzen gesetzt. Auch dies ist das unübersehbare Merkmal eines Unrechtsstaates.

Immer galt es zu beachten: Das MfS war das Produkt und das wichtigste Werkzeug der SED-Spitze. Es gab vor, die marxistisch-leninistische Idee zu verteidigen und ihre Verbreitung zu fördern, aber die angebliche Verteidigung der Ideologie war nur Verteidigung der Macht der SED durch Destruktion. Grundsätzlich hatte das MfS *"alle Maßnahmen im Kampf gegen äußere und innere Feinde so zu gestalten und umzusetzen, dass sie dem Schutz*

und der Durchsetzung der Politik der Staatspartei SED maximal" entsprachen. Das galt ebenso und besonders der HVA. Kurz nach seiner Ankunft in Deutschland entschlüpfte Ulbricht im Mai 1945 der entlarvende Satz "Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten."

Das MfS war nach seinem Statut vom 30. Juli 1969 formell ein 'Organ des Ministerrats der DDR', ein 'Sicherheits- und Rechtspflegeorgan' zur Sicherung der DDR, und somit keiner staatlichen Kontrolle unterworfen. Der Dienstherr und Minister des MfS, Erich Mielke, war ausschließlich dem Generalsekretär der SED verpflichtet. Grundlagen für die Arbeit des MfS boten das Programm der SED, die Beschlüsse des Zentralkomitees und des Politbüros. Mielke, ab 1976 voll stimmberechtigtes Mitglied im Politbüro, war unmittelbar an den Weisungen der Partei für sein Ministerium beteiligt. Er kontrollierte sich sozusagen selbst. Von der ungebremsten Machtfülle profitierten auch seine Stellvertreter und HVA-Chefs Wolf und dessen Nachfolger Großmann. Mielke lobte die Männer der HVA als *"wahre Kundschafter des Friedens."* Die Agenten, die 'zum Heiraten geschickt' oder zum *"vögeln fürs Vaterland"* ins Operationsgebiet abkommandiert wurden, gehörten trotz der vernebelnden Bezeichnung "Kundschafter" oder "IM" zum ganzen Apparat der Repression und nicht zu einer elitären Intelligenz-Abteilung eines Auslandsnachrichtendienstes, die später vorgab, durch ihre Aufklärung den Kalten Krieg milder gemacht zu haben. Sie war vielmehr 'Fleisch vom Fleische des MfS'.

Den Feind suchte man nicht mehr vor allem im bösen Westen, sondern unter den nichtprivilegierten Bürgern des eigenen Landes, die es zu überwachen, zu 'erziehen und zu strafen' galt."

Die Zentrale lag im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg; weiterhin gab es 15 Bezirke mit jeweils einer Bezirksverwaltung, die Mielke unterstellt war. Darunter standen die Kreisdienststellen mit ihren Fachabteilungen. Es gab kaum einen gesellschaftlichen Bereich, für den nicht eine Fachabteilung zuständig gewesen ist. Über die 200 Kreisdienststellen wurde die Totalüberwachung der gesamten DDR organisiert. Das MfS war die größte Behörde der DDR, zuständig für Staatsschutz, Auslandsspionage, Spionageabwehr, Personenschutz, Objektschutz, Grenzkontrollen und Passkontrollen. Sie war in der Tat eine Geheimpolizei von monströsem Ausmaß.

Die Konzentration auf die Überwachung der eigenen Bevölkerung erforderte einen massiven Ausbau der Staatssicherheit. In der Zeit der Entspan-

nungspolitik und der sog. friedlichen Koexistenz musste man westliche Korrespondenten ins Land lassen. Somit musste der Apparat umsteuern; blanke Repression, d.h. physische Folter wie in den 50er Jahren wurde von der weißen Folter ersetzt. Es entsteht ein völlig neuer Apparat mit ganz anderer Ausrichtung. Wenn man so will, ist dieses Ministerium für Staatssicherheit nichts anderes als eine nachgeordnete Behörde der SED. Wir reden hier immer über den Herrschaftsapparat der SED. Schild und Schwert der Partei nennt sich die Staatssicherheit, 9 von 10 Mitarbeitern sind Mitglied der SED. Bis zum Zusammenbruch der DDR wagt es die Parteidiktatur der SED nicht, sich Systemkritikern zu stellen. Stattdessen soll die Staatssicherheit jede abweichende Meinung unter Kontrolle halten. Trainierte Hunde sollen beispielsweise die Herausgeber von systemkritischen Flugblättern finden. Dazu legt die Staatssicherheit von verdächtigen Bürgern Geruchskonserven an. Sie entwickelt spezielle Geräte, um täglich 90 000 Briefe von verdächtigen Absendern oder Empfängern unbemerkt zu öffnen, bei Bedarf zu kopieren, und wieder zu verschließen. Das technische Abhören ist für die Staatssicherheit eine der zentralen Informationsquellen gewesen, sowohl die Postkontrolle, vor allen Dingen aber das Telefonabhören. Und wenn man jemanden gezielt in Verdacht hatte, dann auch das Abhören mit Wanze.

In der DDR gab es keine freie öffentliche Meinung. Damit die Partei über die Stimmung der Bürger Bescheid weiß, ermittelt die Staatssicherheit mit Abhörgeräten, versteckten Kameras und getarnten Mitarbeitern. Für den ständigen Einsatz sozusagen, für den operativen Einsatz, gab es dann solche Einsatzkoffer wie hier das Modell Bauarbeiter oder dort das Modell Araber. Das heißt, ein Koffer, in dem die Grundausstattung für die Verwandlung in einen bestimmten Typ vorhanden war, den man dann einfach sehr schnell irgendwo unterwegs im Wald oder so anlegen konnte.

Der Einsatz der Staatssicherheit wird bald die bevorzugte Lösung aller Probleme in der DDR. Erich Mielke wird es 1990 als seinen größten Fehler bezeichnen, dass die Staatssicherheit in der DDR zum „Mädchen für alles“ wird. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung der DDR ist groß. Die Staatssicherheit bemüht sich, dennoch den Eindruck zu erwecken, dass der Sozialismus dem System des westlichen Klassenfeinds überlegen ist. Da hat der Geheimdienst auch großen Wert darauf gelegt, auf solche Phänomene den Deckel zu halten. Bestimmte schwerere Straftaten gar nicht erst in der Bevölkerung bekannt werden zu lassen, um die Öffentlichkeit immer in dem

Bewusstsein zu wiegen, in diesem Staat herrscht Ruhe und Ordnung. Es gibt also keine Mörder, keine Kinderschänder und ähnliches. Auch die Art der Anwerbung wird eine völlig andere. Wenn es in den 50er Jahren noch eher Druck war, mit dem Menschen zur Mitarbeit geworben wurden, so war es dann in den 70er und 80er Jahren vor allen Dingen die Überzeugung, der direkte Kontakt, mit dem man IMs an das Ministerium binden wollte. Also für die Zeit spätestens ab den 60er Jahren ist es der absolut überwiegende Teil, der es aus Überzeugung macht. 2 von 100 Erwachsenen sind schließlich für die Staatssicherheit tätig. Das daraus entstandene Misstrauen untereinander in der Bevölkerung wird heute als „leider verloren gegangene Solidarität“ verklärt. Gemessen an der Bevölkerungszahl ist es der größte Geheimdienst der Weltgeschichte. Der Wunsch nach internationaler Anerkennung bringt Partei und Staatssicherheit ab den 70er Jahren in einen unlösbaren Konflikt. Offene körperliche Gewalt wird zunehmend vermieden. Doch der Sozialismus ist nur durch Unterdrückung an der Macht zu halten.

2. Methoden des MfS

Unauffälligere Maßnahmen sollen helfen, Kritiker zu kontrollieren und gegebenenfalls zu verhaften. Das finden wir in der Richtlinie 1 aus 1976, die so genannte Zersetzungsrichtlinie. Auf über 60 Seiten wird akribisch festgehalten, welche geeigneten Maßnahmen zu ergreifen sind, jemanden zu zersetzen. Zersetzen bedeutet, berufliche, private Misserfolge zu organisieren. Das Selbstwertgefühl zu zerstören, ohne, dass deutlich wird, wer da an der Schraube dreht. Der Irrtum besteht darin, dann zu denken, die Gesellschaft in der DDR humanisiert sich sozusagen selbst. Dabei bedeutet Zersetzung, Existenzen zu vernichten. Das kann man nicht verklären.

Zur Ausbildung ihrer Mitarbeiter gründet die Staatssicherheit eine eigene Stasi-Hochschule in Potsdam/Eiche. Ein Unterrichtsfach nannte sich: „Operative Psychologie“. Da lernten vor allem Vernehmer, welche Methoden anwendbar sind, um Häftlinge geständig zu machen. Als Diplom-Jurist oder Doktor der Rechtswissenschaften verlassen die Absolventen die Juristische Hochschule. Doch das Studium beschäftigte sich vor allem mit praktischer Geheimdienstarbeit. Offizielles Ziel war unter anderem die „kommunistische Erziehung tschekistischer Leiterpersönlichkeiten“, die die staatliche Unterdrückung sozusagen fachlich perfektionierten.

Politische Gegner der SED unterschied die Geheimpolizei in „feindliche Personen“, „feindlich-negative Personen“ und als gefährlichste Gruppe „verfestigt feindlich-negative Personen“. Diese gelten als für die DDR verloren und nicht rückgewinnbar. Sie überwacht die Staatssicherheit besonders streng, um öffentlichkeitswirksame Aktionen zu verhindern. Ziel war, es gar nicht erst zur Straftat kommen zu lassen, im Sinne der SED, kommen zu lassen, sondern das Ganze schon im Vorfeld mit Zersetzungsmaßnahmen und anderem zu verhindern. Beziehungsweise jede kritische Regung, die sich eventuell irgendwo entwickeln könnte, am besten schon ehe sie überhaupt gedacht ist, zu ermitteln.

Anders bei widerständigen Handlungen gegen den Staat (DDR) und das Ministerium für Staatssicherheit aus dem westlichen Ausland. Nachdem Entführungen missliebiger Personen, also Staatsfeinden, auf Grund erhöhter publizistischer Aufmerksamkeit obsolet geworden waren, setzt man auf verdeckte Tötungen vor Ort, was einer Todesstrafe ohne Anklage, Verteidigung und Gerichtsurteil gleichkam.

Offiziell gab es in der DDR keine politischen Gefangenen. Sogenannte „Hetze“ womit eine nach DDR-Verständnis „negative Meinung“ zu den gesellschaftlichen Verhältnissen gemeint war, sowie Fluchthilfe für verfolgte Personen, waren die politisch motivierten Hauptdelikte, wegen derer Häftlinge in den beiden größten Gefängnissen der DDR, Bautzen und Brandenburg, inhaftiert wurden. Besondere Staatsfeinde waren in der Stasi-eigenen Haftanstalt Bautzen II oder im Berliner „Lager X“ untergebracht. Als Spion wurden Menschen verurteilt, die Dinge taten, die im Rahmen der Menschenrechte erlaubt sein müssten, wie kritisch Bericht erstatten, Reformen anstreben oder alternative Politik andenken.

Von der benachbarten Stasi-Kreisdienststelle aus wurden Zellen in den Gefängnissen abgehört, Besuchszimmer mit versteckten Kameras überwacht oder Spitzel angeworben. Das Spitzelnetz blühte. Jeder bespitzelte jeden.

Nicht nur in der DDR werden Bürger von der Staatssicherheit verhaftet. In den 50iger Jahren ließ die Stasi Verdächtige aus West-Berlin oder aus Westdeutschland entführen. Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi im Westen organisierten fingierte Treffen mit den „Zielobjekten“, zum Beispiel mit Journalisten. Dabei dem wurden die Opfer betäubt und im Kofferraum über

die damals offene, zumeist Westberliner Grenze verbracht. In der DDR wurden sie inhaftiert und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Um internationale Kritik zu vermeiden, wurden ab den 70er Jahren weniger Menschen inhaftiert. Dafür setzte man auf verdeckte Tötungen vor Ort, also im westlichen Ausland zu dem die Bundesrepublik zählte, was einer Todesstrafe ohne Anklage, Verteidigung und Gerichtsurteil gleichkam.

Selbst daraus machte die Stasi noch ein lukratives Geschäft und verkaufte insgesamt mehr als 30 000 politische Häftlinge an die Bundesrepublik. Im Schnitt kostete ein Häftling ca. 90 000 DM. Die Erträge waren schon im Vorfeld im DDR-Haushalt eingeplant. Dabei handelt es sich um staatlich organisierten Menschenhandel.

Privat vom Westen aus organisierte Fluchhilfe für verfolgte DDR-Bürger galt dagegen als schweres Staatsverbrechen. Im DDR-Jargon nannte man die Organisationen „Kriminelle Menschenhändlerbanden“. Sie wurde mit hohen Strafen verfolgt bzw. belegt, weil ihre Hilfe die DDR delegitimierte und die Macht der SED aktiv gefährdete.

Die vom MfS benutzten, also staatlich sanktionierten, staatskriminellen Methoden bestanden in Planung, Organisation und Durchführung von Mord an sogenannten Staatsfeinden. Der Autor wurde selbst Opfer mehrerer Mordanschläge durch das MfS, 1981 sogar Opfer eines geplanten Giftmordes in Israel, den er nur mit viel Glück überlebte. Die Liquidierung, ein Begriff, der im Wörterbuch des MfS „töten“ meint, wird in einer MfS-Akte aus 1973 als "physische Vernichtung von Einzelpersonen und Personengruppen, erreichbar durch Erschießen, Verbrennen, Zersprengen, Strangulieren, Erschlagen, Vergiften und Ersticken“ definiert.

Der aktive Widerstand gegen die Diktatur wurde von der SED mit allen Mitteln bekämpft, auch mit Mord. Verdeckte Tötungen vor Ort, also im westlichen Ausland, kam einer Todesstrafe ohne Anklage, Verteidigung und Gerichtsurteil gleich.

3. Das Ende der Stasi und die Aktenvernichtung

In der Nacht vom 4. zum 5. Dezember 1989 wurde die Bezirksverwaltung der Stasi in Rostock von Bürgerrechtlern besetzt, wo Akten auf Befehl Mielkes und Modrows in großer Zahl vernichtet wurden. Aber die damaligen Befehlsgeber ließen ihre Mitarbeiter bei der Durchführung und Rechtferti-

gung im Stich; das „Schild und Schwert“ der Partei, die Stasi, implodierte förmlich. Nur wenig später benannte sich die SED in PDS um, blieb als Partei bestehen, um das umfangreiche Geld- und Sachwertvermögen zu retten, während sie die Stasi öffentlich zum Sündenbock der Menschenrechtsverletzungen machte, die sie selbst in Auftrag gegeben hatte. Die darauf erfolgte Umbenennung des MfS in AfNS, also quasi die eigene Selbstabwicklung, wurde durch die neu entstandenen Bürgerkomitees verhindert. Sie besetzten die Gebäude und kooperierten mit der Polizei, die die Akten sichern sollte. Diese Gruppe, aus der dann der unabhängige Untersuchungsausschuss in Rostock wurde, begann, den schriftlichen Nachlass der Stasi zu sichten. So entstand die erste Vorform der Stasi-Unterlagen-Behörde der BStU.

Die teilweise Vernichtung der eigenen Unterlagen blieb der einzig größere Widerstand der schwer bewaffneten Geheimpolizei. Die Erklärung banal: Es gab keine anders lautenden Befehle der SED. Man geht für den gesamten Staatssicherheitsdienst davon aus, dass etwa ein Drittel des Materials vernichtet wurde. Wobei der Schwerpunkt das Material ist, das die so genannte Arbeit im Westen betrifft, also die Hauptverwaltung Aufklärung und andere Diensteinheiten, die in der alten Bundesrepublik wirkten. Was die Staatssicherheit von Hand zerrissen hat, setzt die Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes nach der Wiedervereinigung von Hand wieder zusammen.

4. Die juristische Aufarbeitung

Wenn man sich mit dem Thema näher beschäftigt, muss man feststellen, dass es kaum strafrechtliche Verurteilungen im Zusammenhang mit DDR-Unrecht gab. Weniger als ein Prozent aller Beschuldigten und Belasteten wurden tatsächlich verurteilt. Die Übrigen wurden freigesprochen, womit der Einstufung des DDR-Staates als Unrechtsstaat der Boden entzogen war. Wie kam es dazu? Im Osten gab es eine akute Personalnot, sodass nur Schwerpunktstaatsanwaltschaften für DDR-Unrecht eingerichtet wurden, die hoffnungslos überfordert waren. Sachsen forderte eine Teilamnestie für SED-Täter, Baden-Württemberg wollte illegales Abhören nicht mehr verfolgen. Die Teilamnestie trat mangels Personal in Kraft.

Deshalb ist es nicht ganz falsch, von einer Bankrotterklärung des Rechtsstaates zu sprechen. Einige Zahlenbeispiele mögen dies verdeutlichen: Von den 75 000 Ermittlungsverfahren scheiterten 98,6%. Von letztlich 1737

Angeklagten wurden 753 rechtskräftig verurteilt, also 0,7%. Von diesen 753 verzichteten die Richter bei 8 auf eine Strafe, bei 165 kam es zu Geldstrafen und bei 580 gab es Freiheitsstrafen, davon 90% auf Bewährung. Insgesamt gab es lediglich 46 Haftstrafen ohne Bewährung, das sind 0,04% der anfangs Beschuldigten. Nach 40 Jahren Diktatur! Dieses Ergebnis kommt einer Rehabilitation des SED-Regimes gleich!

In der Anlage I des Einigungsvertrages befindet sich auch eine Änderung des Artikels 415 Strafgesetzbuch der Bundesrepublik, in dem festgelegt wurde, dass eine Straftat nach dem Gesetz geahndet wird, das zur Tatzeit gültig ist – für Ostdeutschland also das Strafgesetzbuch der DDR. Begründet wird dieses Rückwirkungsverbot mit Artikel 103 Grundgesetz: „Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.“ Damit konnten sich Verantwortliche für schwere Menschenrechtsverletzungen mithilfe des Rechtsstaates vor der Bestrafung

schützen.

5. Die Folgen für die Betroffenen

26 Jahre nach dem Zusammenbruch der Diktatur leiden die Opfer der politischen Strafjustiz in der DDR noch heute physisch und psychisch unter den Folgen ihrer Haftzeit. Auch die Lebensqualität der ehemaligen Häftlinge ist 20 Jahre nach dem Mauerfall im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt deutlich niedriger. Sie sind körperlich weniger leistungsfähig, und sie leiden häufiger unter chronischen Krankheiten und Schlafstörungen. Hinzu kommen häufig auch finanzielle Probleme. Dies ist eine Folge der politischen Inhaftierung, weil durch die Zeit im Gefängnis Lebenswege und Karrieren abrupt unterbrochen wurden. Um eine nachhaltige Aufarbeitung im Sinne der Opfer zu gewährleisten, ist eine öffentliche Auseinandersetzung über die Täter sowie über die gesellschaftliche Anerkennung des Engagements der Betroffenen und ihres Leidens von der Haft bis heute Voraussetzung. Was dazu bisher geleistet wurde, kann diesem Anspruch nicht genügen. Neben körperlichen Schäden und finanziellen Nöten leiden die politisch Verfolgten der DDR bis heute unter fehlender Achtung. Die meisten Täter wurden bisher juristisch nicht belangt. Stattdessen werden Täterbiographien öffentlich anerkannt.

Angesichts zunehmender Versuche ehemaliger Stasi-Mitarbeiter und deren Spitzel, die Tätigkeit der DDR-Geheimpolizei zu verharmlosen, muss vor den Folgen für die Opfer von Repression und Verfolgung gewarnt werden. Solche Auftritte und Reinwaschungsversuche, ebenso wie der unbeholfene, ignorante Umgang der Politik damit, sind für die Psyche der Verfolgten ein ernst zu nehmender Rückschlag. Die empirische Forschung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, dass politische Repression zu ausgeprägten gesundheitlichen Schäden körperlicher und psychischer Art führen kann. Sie bestätigt zudem, dass das Alter zum Zeitpunkt des traumatischen Erlebnisses einen bedeutsamen Einfluss auf die psychischen Folgen hat.

Menschen, die im jungen Erwachsenenalter inhaftiert wurden, leiden heute stärker unter psychischen Folgebeschwerden als Personen, die zum Zeitpunkt der Inhaftierung älter waren. Die in früher Jugend gemachten Erfahrungen mit dem Unrecht können vom Betroffenen verfestigt und verallgemeinert werden. Grundsätzlich ist ein Trauma nach politischer Haft schlimmer als das nach einer Katastrophe, weil es von Menschen zugefügt worden ist. Im SED-Staat waren dafür die Repression durch das Ministerium für Staatssicherheit, die politische Rechtsprechung und die Haftbedingungen in DDR-Gefängnissen verantwortlich. Sie widersprachen eklatant den Grundsätzen einer rechtsstaatlichen Verfahrensweise und verletzen andauernd und nachhaltig die Menschenrechte. Hinzu kommt, dass durch Erlass des Staatsrates der DDR vom 4. April 1963 auch die Geheimpolizei »Stasi« als ein Rechtspflegeorgan bezeichnet wurde.

Aus Erlebnisberichten Betroffener lässt sich folgern, dass von Beginn der fünfziger Jahre bis zum Ende der SED-Diktatur 1989 Isolation, physische Misshandlungen, physische und psychische Folter, systematischer Schlafentzug und andere Repressionen angewandt wurden, um zu erreichen, dass die Häftlinge gebrochen werden konnten, gefügig wurden und Geständnisse ablegten. In den siebziger und achtziger Jahren wurden zwar vor allem psychische Druckmittel eingesetzt, zugleich jedoch auch Misshandlungen und Folter subtil angewandt. Insbesondere die Konfrontation mit dem Hass der Peiniger und der daraus resultierenden Schädigungsabsicht ist ein schweres traumatisches Erlebnis.

Man weiß, dass die psychischen Folgen traumatischer Erfahrungen zwar individuell verschieden sind; die Forschung führte aber auch zu der Erkenntnis, dass Menschen, die unterschiedlichste traumatische Ereignisse

erlebt haben, eine große Anzahl gemeinsamer Symptome aufweisen. Opfer von Folter und politischer Gewalt leiden an einem Symptommuster, das geprägt ist von Schlaflosigkeit und Alpträumen, von sozialem Rückzug und depressiver Interesselosigkeit, von extremer Reizbarkeit und übermäßiger Schreckhaftigkeit. Dieses Wissen führte zur Definition der Posttraumatischen Belastungsstörung, deren Krankheitsbild als Posttraumatisches Belastungssyndrom (PTBS) 1980 in das Klassifikationssystem der Weltgesundheitsorganisation (WHO) übernommen wurde.

Das Ausmaß der Verfolgung in der DDR geriet erst in den Jahren nach dem Zusammenbruch der DDR in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Erkenntnis, dass Personen, die in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert waren, in den Jahren nach ihrer Haftentlassung keine Möglichkeiten hatten, die Folgen des erlittenen Unrechts zu artikulieren, führte zu einem Problembewusstsein hinsichtlich der psychischen Folgen von politischer Haft in der DDR. Trotzdem kam es nur selten zu fachspezifischen Untersuchungen durch Psychotraumatologen. Haftfolgeschäden wurden selten als PTBS anerkannt. Politische Häftlinge wurden in der DDR besonders übel behandelt. Sie standen in der Insassenhierarchie ganz unten und wurden oft mit Schwerekriminellem zusammengepfercht. Zwar hatten die körperlichen Übergriffe seit den 70er Jahren abgenommen. Dafür wurde die psychische Folter intensiviert. Ihre sozialen, familiären, integrativen Wurzeln wurden zerstört. Ihre Situation wurde absichtlich undurchschaubar gehalten. Die Methoden für diese Strategien lieferte der Bereich »Operative Psychologie« der Potsdamer Stasi-Hochschule. Hier muss man von prinzipiellen Versäumnissen in der moralischen Aufarbeitung des SED-Regimes sprechen.

Man hat es den Tätern zu leicht gemacht, weshalb eine verantwortungsvolle Politik, auch eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik gegenüber den Betroffenen noch heute dringend notwendig ist. Ich sehe es auch als problematisch an, dass die politisch Verfolgten ihre psychischen Leiden permanent hervorkramen müssen, damit sie weiter Leistungen aus dem Rehabilitierungsgesetz erhalten. Die öffentliche Larmoyanz steht in einem merkwürdigen Widerspruch zur Gleichgültigkeit gegenüber den Verfolgten, Widerständigen und Opfern in Literatur und Gesellschaft, indem das Zeugnis der Traumatisierten verkleinert oder ausgeschlossen wird. Sie stören offenbar den Scheinfrieden.

In regelmäßigen Abständen wird von interessierter Seite aus darüber diskutiert, ob es nicht einfacher wäre, die Vergangenheit einfach ruhen zu lassen. Aber man kann der eigenen Geschichte nicht davonlaufen, auch wenn es unangenehm ist. Aufklärung, Aufarbeitung bleiben weiterhin eine historische, politische und auch moralische Aufgabe.

Nach dem Ende der DDR will es keiner gewesen sein. Erich Honecker äußerte 1990, *„die flächendeckende Ausbreitung der Staatssicherheit habe allen Beschlüssen des Politbüros widersprochen. Die Staatssicherheit habe einen Staat im Staate gebildet.“* Stasi-Chef Erich Mielke setzte dem entgegen: *„Ein Eigenleben der Staatssicherheit habe es nicht gegeben. Verantwortlicher Auftraggeber sei allein die SED gewesen, die über alles, was die Staatssicherheit tat, informiert wurde.“* Die Wirklichkeit liegt wahrscheinlich irgendwo dazwischen. Man kann sie nachlesen. In den Akten der Staatssicherheit wartet noch vieles darauf, entdeckt zu werden.

Nachdenken über die Bedeutung des Mauerbaus 1961

Von Georg Rosenthal,

Oberbürgermeister a.D., MdL für die SPD

Als in der Nacht auf den 13. August 1961 die Bagger inmitten von Berlin anrollten und Soldaten damit begannen, Stacheldraht zu verbauen, war dies ein Schock für die Menschen in West und Ost. Mit dem Bau der Mauer hatte das Regime auf die jahrelange Flucht seiner Bewohner in den Westen Deutschlands reagiert. Ihm blieb nichts anderes übrig. Die Abstimmung mit den Füßen ließ sich nur mit Stacheldraht und Maschinengewehren stoppen. Geradezu grotesk war die Begründung, die die Propagandisten dafür fanden: antifaschistischer Schutzwall, der allzu leicht durchschaubare Versuch, die Schuldfrage umzukehren.

Das kommunistische Regime der DDR hatte damals völlig überraschend seine Maske abgenommen und sein wahres Gesicht gezeigt. Es war die Fratze der Utopie einer klassenlosen Gesellschaft. Von ihr war nicht viel mehr geblieben als ein riesiges „Konzentrationslager“, in das die Machthaber ihre eigene Bevölkerung einsperrten, formulierte der damalige regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, treffend. Dem "Preußischen Ikarus", der sich im Stacheldraht verfangen hat, blieb - zu schwer zum Fliegen, zu leicht, um abzustürzen - nichts anderes übrig als gegen das eigene Volk vorzugehen. Dem Dichter dieses Lieds verziehen die Machthaber nicht: 1976 wurde der ehemals überzeugte Kommunist Wolf Biermann zwangsausgebürgert. Umso erstaunlicher ist es, wie es dem Protest der Bürger gelungen ist, den schon längst hohlen Riesen in der „friedlichen Revolution" des Jahres 1989 in die Knie zu zwingen.

Dass der Sturz von Honecker und seinen Schergen weitgehend gewaltfrei ablief, ist eine der großen Glanzpunkte der deutschen Geschichte. Ohne die Politik der Annäherung, die die sozial-liberale Koalition unter Kanzler Brandt seit 1972 betrieben hatte, ist dies jedoch nicht zu begreifen. Entscheidend war damals, dass die Politiker wieder miteinander im Gespräch standen und auf beiden Seiten nicht die Kalten Krieger die Oberhand behielten, die es auch im Westen gab. Gerade auch für uns Sozialdemokraten, die nach der Gründung der DDR einen besonders hohen Blutzoll zu zahlen hatten und deren prominente Vertreter vielfach in den reaktivierten Lagern

der Nazi-Zeit verschwanden, fiel dieser Schritt nicht immer einfach. Für nicht wenige war es nach den Jahren der NS-Diktatur bereits das zweite Mal, dass sie inhaftiert und schikaniert wurden. Diesmal nur unter anderem Etikett.

Zu den einschneidendsten Erfahrungen meiner Zeit als Oberbürgermeister der Stadt Würzburg gehörte ein Besuch an der früheren innerdeutschen Grenze am Grenzübergang zwischen Eußenhausen und Henneberg. Mit dabei waren auch einige Stadträte und Schüler der Würzburger Goethe-Mittelschule. An ihren Gesichtern und Bemerkungen war abzulesen, wie fern ihnen die Geschichte der Teilung war. Für sie waren die Geschichten von Thomas Hanf, der selbst aus einem Grenzdorf stammt, kaum mehr als Gruselgeschichten aus vergangenen Tagen.

Noch heute ist hier über Kilometer hinweg ein breiter, baumfreier Geländestreifen zu erkennen. Hier befand sich das Niemandsland zwischen beiden Staaten, mit Minen bestückt und mit Selbstschussanlagen an den Zäunen gesichert. In den angrenzenden Dörfern der Rhön und des Grabfelds erzählen noch heute die Älteren von Fluchtversuchen, den Schüssen an der Grenze, von denen man nicht wusste, wem sie galten, dem Wild oder einem Menschen. Wie mag es wohl für die meist sehr jungen Grenzer auf den heute allmählich verfallenden Wachtürmen gewesen sein, als sie über den Zaun hinweg in den Westen zum Klassenfeind spähten? Man ließ sie dabei nie alleine. Immer war ein weiterer Wachhabender dabei. Der Staat traute seinen eigenen Wächtern nicht über den Weg.

Auch in der Würzburger Partnerstadt Suhl hat es ein Gefängnis der Staatssicherheit gegeben. Es war der erste Ort, den die Menschen in den turbulenten Monaten des Herbstes erstürmten. Sie wollten damit verhindern, dass die Spitzel der Staatssicherheit Zeit fanden, die Spuren ihrer Untaten zu verwischen. Keiner der mutigen Frauen und Männer wusste damals, ob nicht einer der Wächter nervös werden und schießen würde. Es ging gut. Von hier und vielen anderen kleinen Städten aus schwappte die Welle des Aufruhrs bis in die Hauptstadt Berlin.

Gut in Erinnerung sind in Würzburg und den grenznahen Landkreisen noch immer die Autokorsos, der von Trabis zugeparkte Residenzplatz, die leer gekauften Supermärkte und die Freude, wie sich auch hier in der Region die Menschen in den Armen lagen. Würzburg war für viele die erste Anlaufstation auf ihrer Erkundungstour in den für sie noch vor kurzem unerreichba-

ren Westen. Für viele wurde es später zur neuen Heimat, indem sie hier einen Ausbildungsplatz, eine neue Arbeitsstelle oder einen Studienplatz fanden.

In der Diskussion um den „Unrechtsstaat“ DDR zeigt sich jedoch, wie schwer es für viele Menschen, die hier aufgewachsen, gelebt und gearbeitet haben, noch immer ist, ihr Lebenswerk pauschal als Unrecht eingestuft zu erfahren. Auch in der DDR gab es natürlich Rückzugsräume und fortschrittliche Ansätze einer modernen Gesellschaftsordnung, die etwa wie bei der Gleichstellung der Frauen erst Jahrzehnte später in der Bundesrepublik umgesetzt wurden. Doch das Leben in der DDR ging nur so lange gut, wie die Menschen darauf verzichteten, sich selber Gedanken zu machen. Für sensible Gemüter hatte sie wenig zu bieten.

Viele der Künstler, die Domkapitular Jürgen Lenssen für das Museum am Dom zusammengetragen hat, teilen diese Erfahrung. In ihren gegenständlich-expressiven Bildern haben Bernhard Heisig, Wolfgang Mattheuer oder Werner Tübke ihre eigene Sprache für das in der DDR Unsagbare und ihren Drang nach Freiheit entwickelt. In der kleinbürgerlichen Spießigkeit des Honecker-Staats mit einem allgegenwärtigen Bespitzelungsapparat, der in der „operativen Zersetzung“ des Andersdenkenden sein Ziel sah, mussten sie Unbehauste bleiben.

Die Folgen des subtilen Terrors gegen das eigene Volk zeigen sich noch heute. Dass die Menschen auch heute wieder anfällig sind für radikale, populistische und undemokratische Parolen, hat nicht zuletzt ihre Ursache darin, dass ihnen mit Gewalt die Wurzeln gekappt wurden. Bis heute unterscheiden sich die Bürger in der früheren DDR von denen im Westen deutlich durch ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber Institutionen und eine geringe Bindung an die Kirchen, an Vereine, Parteien und Gewerkschaften.

Wissenschaftlich ist die Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte bereits weit fortgeschritten. Doch erst die subjektiven Erfahrungen und Erzählungen von Menschen, die am eigenen Leibe erfahren haben, was es bedeutet, in einer Diktatur zu leben, geben der Geschichte des subtilen Terrors ein Gesicht. In ihren Schilderungen wird der Alltag in der DDR lebendig. Ihre Geschichten zeigen, wie sehr auch heute immer wieder von Neuem Freiheit und Demokratie zu erstreiten sind.

Es ist darum von höchster Bedeutung, wenn es dem Würzburger Verein „Aufarbeitung der Geschichte der DDR“ immer wieder von Neuem gelingt, Zeitzeugen nach Würzburg oder in die Schulen einzuladen. Die Beschäftigung mit der jüngsten deutschen Geschichte muss verstärkt in die Lehrpläne der Schulen und in die politische Bildung aufgenommen werden.

Zum 25sten haben sich die Medien in kreativen Ideen darin überboten, anschaulich das Leben in der DDR und den Fall der Mauer darzustellen. Doch die Erinnerung an die DDR droht nach dem Jubiläum in Vergessenheit zu geraten. Wir leben heute in einer gefestigten Demokratie. Doch die Erinnerung an die Unterdrückungsmechanismen, wie sie in der DDR den Alltag der Menschen bestimmte, muss wach gehalten werden und sollte einen festen Platz im kollektiven Gedächtnis der Deutschen haben. Der Glücksfall der Geschichte sollte uns im Bewusstsein bleiben.

Der Mauerbau und die Erinnerung an ihn

Von Oliver Jörg,

MdL für die CSU

Was bedeutet Freiheit für Sie, mit Blick auf die Erinnerung an die DDR?

Meinungs- und Pressefreiheit, Freie Wahlen, Gewissensfreiheit, Reisefreiheit oder das Recht auf Parteiengründung – das alles gab es in der DDR nicht oder nur sehr eingeschränkt. Ich bin froh und dankbar, in einem Land zu leben, das für die Einhaltung dieser und anderer Freiheiten steht. Das DDR-Regime hat für sich in Anspruch genommen, den Volkswillen zu kennen und ihn durchsetzen zu müssen. Eine offene und freie Gesellschaft lebt aber davon, dass alle mitmachen können und im Wettbewerb um die besten Ideen stehen. Mir ist es sehr wichtig, mich politisch einbringen zu können. Eine Partei wie die CSU, christlich geprägt und gegen jede Form von politischer Ideologie, hätte es in der DDR nie geben können.

Wie kann Geschichte zum Lehrmeister der Demokratie werden?

Den Wert demokratischer Freiheits- und Partizipationsrechte kann man sich vielleicht am ehesten begreiflich machen, wenn man sich mit Regimen der Unfreiheit auseinandersetzt. Wenn man Zeitzeugen zu ihren Erlebnissen befragt; wenn man sich verinnerlicht, wofür die Menschen in der DDR am 17. Juni 1953 und später im Herbst 1989 auf die Straße gegangen sind oder wenn man an die Toten der Mauer erinnert, wird einem umso deutlicher, wie schätzenswert Demokratie und Freiheit sind.

Beispielhaft erscheint mir, wenn in der Schule Mittel und Wege gefunden werden, junge Menschen zu sensibilisieren. So etwa durch den Besuch einer Gedenkstätte, Gespräche mit Zeitzeugen oder eben durch ein Theaterstück.

Erlaubt staatliche Notwendigkeit die Durchführung von „gerechtem Unrecht“?

Die Frage ist schwer verständlich. Soweit es um den Mauerbau und die Durchsetzung des Verbots, die DDR zu verlassen, geht, bin ich folgender Auffassung: Innerstaatliche Rechtsnormen können eklatante Menschenrechtsverletzungen nicht rechtfertigen.

Welche Aufgabe hat die Politik mit Blick darauf, die Vergangenheit gegenwärtig zum Sprechen zu bringen?

Aufgabe der Politik ist es, die Erinnerungskultur und das Geschichtsbewusstsein zu fördern, sei es durch Mittel für die Jugend- und Erwachsenenbildung, durch den Erhalt von Gedenkstätten oder die Ausstattung von Museen. Ebenso wichtig ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, denn viele Initiativen aus dem Bereich der Erinnerungsarbeit sind ehrenamtlich geprägt.

Der Mauerbau und die Erinnerung an ihn

Von Günther Felbinger,

MdL für die Freien Wähler

Freiheit heißt für mich unabhängig, nicht unterdrückt oder gefangen zu sein. Eine eigene Meinung haben zu dürfen und diese nicht nur zu denken, sondern auch auszudrücken zu können. Dass der Staat sich nicht in alle Bereiche des Lebens einmischt, ich meine Religion frei ausüben kann, eine für mich passende Schule und ein passendes Studium und Beruf wählen kann.

Dies war in der DDR nicht immer der Fall. Dort wurde die Bevölkerung von klein auf in vorgegebene Pfade gelenkt. Der Kindergarten, die Schule und das Studium von oben beschlossen – sogar der Urlaub wurde vorgegeben. Mal in den Thüringer Wald, mal an die Ostsee - mit viel Glück sogar nach Ungarn an den Plattensee.

Dieses Leben konnte den Menschen dort auch den Eindruck von Sicherheit vermitteln. Denn das Leben war ein Stück weit vorgeschrieben. Man hatte eine Arbeit, man hatte einen vorgegebenen Platz in der Gesellschaft.

Jedoch bin ich der Ansicht, dass man in einem Leben auch Unsicherheit braucht. Man muss Dinge wagen, offen sein für Neues. Oftmals wird ein Held als derjenige beschrieben, der die Unsicherheit überwand und auf ein Abenteuer ins Ungewisse aufbrach.

Auch heute sehen wir im Rückblick auf die DDR die Menschen als Helden, die ihr Haben und oftmals ihre Familien zurückließen und in die BRD flohen.

Leider scheint heutzutage die Freiheit ein Stückchen weit abzunehmen. Aus der Bevölkerung hört man, dass viele sich nicht mehr trauen, offen ihre Meinung zu sagen. Laut dem John-Stuart-Mill-Institut für Freiheitsforschung sind derzeit knapp 30 Prozent der Bevölkerung der Ansicht, man müsse vorsichtig sein, seine politische Meinung zu äußern.

Dabei gehören die freie Meinungsäußerung und die Meinungsbildung zu unseren wichtigsten Gütern und sind wesentlicher Teile unserer Demokra-

tie. Bevor wir unsere Meinung äußern können, ist es zuvor nötig diese zu gewinnen. Erst wenn wir nicht nur unsere eigene Perspektive sehen, sondern auch die Sicht Dritter, können wir mit unserer Meinung dazu beitragen unsere Gesellschaft ein Stück weit zu verändern.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Deutsche Demokratische Republik entgegen ihrem Namen eine Diktatur war. Zwar gab es eine Partei, aber das war es dann auch schon mit der Demokratie. Damit wir auch weiterhin in einer Demokratie leben können, bedarf es einer aktiven Meinungsbildung und einer geliebten politischen Partizipation der Bevölkerung.

Bildung lehrt und lässt uns selbstständig zu denken, Entscheidungen einordnen und Kontexte sehen. Deshalb schätze ich Bildung als so wichtig ein; sie formt den Menschen und ermöglicht es ihm Impulse zu setzen.

Jetzt im Nachklang der DDR erscheint uns die Geschichte der DDR weit entfernt und grau. Wir haben nichts mehr viel mit der DDR zu tun, ärgern uns über die Gelder für den Aufbau Ost und amüsieren uns über Ossi-Witze. Doch ist es wichtig die DDR in Erinnerung zu halten und uns bewusst zu machen, über welche Freiheiten wir heute verfügen. Dass wir uns Schule, Studium und Beruf aussuchen können, dass wir unsere Meinung und auch Kritik frei äußern können und auch unseren Urlaubsort aussuchen dürfen. Mit jeder Entscheidung, die wir treffen, leben wir mit deren Konsequenzen. Und mit jeder Meinung, die wir äußern, regen wir einen Diskurs und Austausch an. Deshalb ist es wichtig auch auf die Vergangenheit zu schauen, um die Errungenschaften der jetzigen Zeit zu erkennen und Impulse für die Zukunft zu holen.

Der Mauerbau und die Erinnerung an ihn

Von Kerstin Celina,

MdL für BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN

Für mich bedeuten Mauern weniger Schutz, sondern sie symbolisieren vor allem Angst vor „dem da draußen“, was immer sich auch hinter der Mauer befindet. Mauern grenzen gemeinhin Herrschaftsgebiete ab. Mit dem Gebiet, in dem man keine Macht hat, keine Herrschaft mehr ausüben kann, will man nichts zu tun haben und grenzt sich mit einer Mauer ab. Mauern sollen fast immer das Fremde, vor dem man Angst hat und sich abschotten will, abhalten, am besten so, dass man es nicht einmal sehen kann oder muss.

Die Berliner Mauer wurde gebaut, weil die DDR-Regierung ihre eigenen Staatsbürger daran hindern wollte, das Staatsgebiet zu verlassen. Dieser Beweggrund wirkt aus der Zeit gefallen, schließlich gibt es auf der Welt nur noch eine Mauer, die aus dem gleichen Grund gebaut wurde, nämlich die Mauer, mit der Nordkorea seine eigenen Bürger an der Ausreise hindert.

Obwohl der Bau einer Mauer heutzutage wie politisches Mittel von vorgestern wirkt, ist er leider inzwischen fast schon wieder modern, wenn auch mit anderer Zielsetzung. Israel baute auf 30 km Länge eine bis zu acht Meter hohe Mauer als Teil der 760 km langen „Sperranlage“, die das Westjordanland umgibt, als „Bollwerk gegen den Terrorismus“ und um die Palästinenser „draußen“ bzw. „drinnen“ (im Westjordanland) zu halten, je nach Sichtweise. Donald Trump, der amerikanische Präsidentschaftskandidat, fordert, den mehrere Hundert Meilen langen Zaun an der Grenze zwischen USA und Mexiko, der von Tausenden amerikanischen Grenzbeamten bewacht wird, zu einer lückenlosen Mauer auszubauen, bezahlen soll darüber hinaus auch noch Mexiko dafür.

An verschiedenen Stellen wird Politik immer wieder mithilfe von realen Mauern gemacht. Bis vor kurzem hätte ich mir nicht vorstellen können, dass Mauerbau in Europa und sogar in Deutschland wieder diskutiert wird, aber es gibt bereits jetzt befestigte Grenzen. Und die Abschottung vor „Fremden“ vor „Einwanderung“, vor „Flüchtlingen“, also die Abschottung

vor Mitmenschen – das ist leider wieder ein europäisches Thema geworden.

Was bedeutet Freiheit für Sie, mit Blick auf die Erinnerung an die DDR?

Freiheit bedeutet für mich: Sagen, was ich denke. Lesen, was mich interessiert. Reisen, wohin ich will. Mich treffen, mit wem ich möchte. Mich mit Gleichgesinnten zusammen zu tun, wenn ich etwas verändern will. Auch mal nichts zu tun. Und schon gar nicht bei staatlich verordneten Gedenktagen „Flagge“ zu zeigen.

Die DDR ist für mich ein Symbolbild für Unfreiheit. Wichtige Grundrechte, wie die Reisefreiheit, die Meinungsfreiheit, die Wahlfreiheit und die Vereinigungsfreiheit wurden in der DDR stark eingeschränkt. Die Möglichkeit, selbstverantwortlich und ohne Zwang zu handeln, war in zentralen Bereichen des Lebens nicht gegeben. Die wahre Bedeutung von Freiheit, die ein liberal-demokratischer Staat garantiert, weiß man wahrscheinlich erst dann zu schätzen, wenn es sie nicht (mehr) gibt.

Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Richter, Grundrechte – alles sperrige Begriffe. Aber was bedeuten sie denn? In der DDR gab es praktisch keine Unabhängigkeit der Richter, keine Gerichte, bei denen die Bürger ihre Rechte dem Staat gegenüber durchsetzen konnten. Die Verfassung der DDR las sich wie eine Garantie einer Volksdemokratie – der erste Satz des Artikel 3 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949 nimmt den urdemokratischen Gedanken auf: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Aber bereits im folgenden Satz folgt auf das Recht die Pflicht: nämlich die Pflicht zur Mitgestaltung auf den politischen Ebenen der Republik. Die Verordnung von politischen und gesellschaftlichen Engagement war der Versuch, die freien Gestaltungsmöglichkeiten mündiger Bürgers zu unterbinden. Die Unfreiheit war damit politisches Ziel und gleichzeitig gesellschaftspolitisches Programm.

Die SED als Staatspartei, die Wahlen, die nur Zustimmung vorsahen, die Unmöglichkeit einer politischen Auseinandersetzung, all das prägte die DDR fast vierzig Jahre lang. Ich kannte gar keine andere DDR. Umso erstaunlicher waren für mich die Ereignisse im Herbst 1989: die Friedliche Revolution! Die Zivilcourage und der Mut zu Demonstrationen gegen das SED-Regime, der Mut, über Ungarn die Ausreise erzwingen zu wollen, der Mut einen Neuanfang zu wollen, individuell und als Bürger für den ganzen Staat.

Das alles entwickelte sich in einer Atmosphäre, die durch Bevormundung und Ausspähung der Bürger genau diesen Ausdruck von Selbstbestimmung zu unterdrücken versuchte. Die Proteste der Bürger – und wahrscheinlich auch ein großes Quäntchen Glück – erwirkten letztlich das Ende der SED-Diktatur: man sagt, „die Freiheit siegte“, aber letztlich siegte der Wille der Menschen, Freiheit zu bekommen und der Mut, sich auf den Weg in ein neues Leben in Freiheit zu wagen.

Ist der Mauerfall ein Lehrstück für die Demokratie?

Die Mauer fiel, weil Menschen nicht mehr eingesperrt sein wollten im „Osten“ und nicht mehr ausgesperrt sein wollten vom „Westen“ und weil sie keine Chance bekamen, ihre Heimat so zu gestalten, wie sie sie haben wollten, weder politisch noch ökonomisch. Die Abstimmung mit den Füßen gelang. Auch heute stimmen Menschen mit den Füßen ab, weil sie keine Perspektive sehen. Krieg, Armut, kein Platz zum Leben, kein fruchtbares Land zum Bearbeiten, keine Arbeit. Kriegsflüchtlinge, Armutsflüchtlinge, Umweltflüchtlinge, Flüchtlinge, die in ihrer Heimat nicht mehr leben können und wollen. Das heißt, wir alle werden auch in Zukunft mit Wanderungsbewegungen konfrontiert werden, wir werden mit anderen Menschen leben müssen, egal, ob wir die Heimat verlassen oder in der Heimat bleiben.

Was uns der Fall der Mauer gezeigt hat, ist, dass Menschen, die sich vorher im Leben nie begegnet sind, die ihre Werktage und ihre Sonntage mit unterschiedlichen Tätigkeiten verbrachten, zusammenwachsen können. Den jüngeren fällt es leichter als den älteren, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Aber letztlich gibt es insgesamt immer eine Basis für ein gemeinsames Zusammenleben: alle wollen essen, trinken, saubere Luft atmen, sauberes Wasser trinken, sicher vor physischer und psychischer Gewalt sein, miteinander reden können, Respekt und Achtung erfahren, und freie Entscheidungen treffen. Es gibt damit immer eine Basis für ein gutes Zusammenleben, und der Mauerfall hat gezeigt, wie gut die Wiedervereinigung der Menschen zweier Länder in einem demokratischen Staatsgebilde gelingen kann. Der Mauerfall zeigt die Bedeutung der Demokratie ganz deutlich: ein demokratischer Staat kann viel aushalten, die Menschen können ihr Leben hier auch bei abrupten Wechseln mitgestalten. Das kann ein nichtdemokratischer Staat nicht bieten, und deswegen werden Menschen, wenn sie eine echte Wahl haben zwischen Anarchie, Diktatur und Demokra-

tie, auch in Zukunft zur Demokratie hin streben, davon bin ich fest überzeugt. Diktatur ist immer Diktatur auf Zeit, zum Teil auf Lebenszeit des Diktators, Demokratie ist dagegen angelegt auf Ewigkeit.

Heutzutage scheinen diktatorische Regime und Staatschefs aber nur wenig Protest von ihren Bürgern zu bekommen: In der Türkei stützen viele einen immer diktatorischer regierenden Staatspräsidenten Erdogan und verhindern sogar aktiv einen Putsch. Hat die Demokratie verloren? Nein, meine ich, die Angst davor, in einem Land zu leben, das nicht „nur“ Journalisten und bestimmte Berufsgruppen bedroht, sondern wahllos jeden, ist nur noch größer. Ähnliches gilt auch für Ungarn oder Rußland. Sogar im „Islamische Staat“ als diktatorischem Regime gibt es Menschen, die freiwillig dort leben wollen. Warum streben sie dorthin? War der Mauerfall bei uns doch nur ein einmaliges zufälliges Geschichtsereignis? Nein. Nur da, wo die tatsächliche Wahlmöglichkeit, die realistische Perspektive der Menschen die Wanderung in einen demokratischen Staat gar nicht beinhaltet, und wo Konformität und Gehorsam als erträgliche Alternative zu täglicher Bedrohung durch Gewalt und Anarchie gesehen werden, kann Diktatur bestehen bleiben. Da, wo die Abwanderung in einen demokratischen Staat eine realistische Perspektive ist, oder wo viele gleichzeitig die Zeit gekommen sehen, einen Kampf für Demokratie gewinnen zu können, da entscheiden sich Menschen für die Demokratie, für die Freiheit.

Erlaubt staatliche Notwendigkeit die Durchführung von "gerechtem Unrecht"?

Es gibt kein „gerechtes Unrecht“. Wenn man sich auf das Gedankenspiel einlässt, den Mauerbau aus der Perspektive der herrschende Politklasse zu betrachten, kann man die Logik des SED-Regimes in den 60er Jahren theoretisch nachvollziehen. Aber niemals ist zu akzeptieren, dass aus ideologischen Beweggründen heraus Menschen in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden. Ich glaube übrigens auch gar nicht, dass die Mehrheit der ehemaligen DDR-Politiker die Mauer und das Einsperren ihrer Bevölkerung tatsächlich als gerechtfertigtes Mittel für einen höherem Zweck sah, letztendlich war es wohl meistens ein Mittel, um die eigene Bedeutung und die eigenen wirtschaftlichen Vorteile zu sichern.

Die Diskussion über den Begriffe Rechtsstaat, Unrechtsstaat und Gerechtigkeit bei der Beurteilung der DDR fußt vielleicht auch auf dem Missverständnis, dass ein Rechtsstaat auch immer gerecht sei, so wie der Unrechtsstaat sicherlich ungerecht sein müsse. Im Gegenteil: Viele Bürger empfinden den Rechtsstaat als ungerecht. Ein Rechtsstaat ist für sie nur dann ein Rechtsstaat, wenn er ihre eigenen Rechte schützt. Tut er dies ihrer Meinung nach nicht in ausreichendem Maße und schützt er dazu noch Rechte von anderen, führt dies zu Enttäuschung und Wut: der Rechtsstaat ist nicht einmal mehr erklärtes Ziel und der Wunsch, ihn verteidigen zu wollen, verschwindet. Über das, was kommt, wenn der Rechtsstaat nicht mehr ist, wird jedoch nur noch viel zu selten nachgedacht.

Aber schon Rosa Luxemburg hat gesagt: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ Der Rechtsstaat verbürgt Grundrechte für alle, garantiert die Gewaltenteilung und bindet Verwaltung und Rechtsprechung an Gesetz und Recht. Die Grundrechte stehen dabei durchaus im Wettstreit miteinander um die höhere Bedeutung, die Diskussion um das sogenannte „Burkaverbot“ zeigt dies deutlich. Aber genau das prägt unseren sogenannten materiellen Rechtsstaat: das staatliche Handeln ist gebunden an festgelegte Werte, den Grundrechten.

Vollzieht der Staat dagegen nur festgelegte Rechtsformen ohne eine Bindung an die in einer Verfassung festgelegten Werte, handelt es sich um einen formellen Rechtsstaat. Hier wird der Bürger nicht einmal vor staatlicher Willkür geschützt. Statt dessen gilt: ein auf ideologischen Grundsätzen aufgebauter Staat, mag er auch Gerechtigkeit zum Ziel haben, produziert zwar kein Unrecht im juristischen Sinne. Aber ohne garantierte Grundrechte und funktionierende Gewaltenteilung kommt es wie in dem Fall der DDR zu wiederholten unrechtmäßigen und ungerechten Handeln von staatlicher Seite. Zu nennen wäre nicht nur die Bespitzelung der eigenen Bevölkerung, um „staatsfeindliche Meinungen“ aufzuspüren, um „den Staat“ vor „zersetzenden Elementen“ zu schützen. Gerade die Restriktionen in Bezug auf die freie Schul- oder Berufswahl waren ein großer Eingriff in das persönliche Selbstbestimmungsrecht eines Menschen. Die Schüsse und Ermordungen an der deutsch-deutschen Grenze gehören zu den grausamsten Mitteln, die die Repräsentanten der DDR zum Schutz ihres staatlichen Gebildes angewendet haben. Ein Staat, der auf solch ein Instrumentarium zurückgreifen muss, wird auf lange Sicht nicht bestehen. Die vielfache Freiheitsverletzung

und die Ungerechtigkeiten konnten auf Dauer das sozialistische System nicht am Leben erhalten.

Ein aktuelles Beispiel für als gerecht empfundenenes Unrecht ist die Mauer in Israel. Den Israelis ist wohl bewusst, dass das Einsperren von Palästinensern – denn nichts anderes wird mit der Mauer angestrebt - staatliches Unrecht ist. Die Israelis suchen über den kontrollierten Grenzzugang aus, welcher Palästinenser in Israel arbeiten darf und wann. Das Unrecht ist nicht einmal Unrecht an eigenen Bürgern, sondern an Bürgern eines Nachbarstaates, mit dem Ziel, die Sicherheit der eigenen Bevölkerung vor Terrorattacken und Anschlägen zu schützen. Die Verschärfung von Wut und Haß auf Seiten der Palästinenser, die Gefahr von Anschlägen trotz der Mauer wird dazu führen, dass der Versuch, ein friedliches Miteinander und Nebeneinander als Nachbarn trotz der dabei zu erwartenden Rückschläge und Anschläge zu führen, irgendwann als das kleinere Übel empfunden werden wird. Ich bezweifle deshalb, dass diese Mauer Bestand haben wird, eine Mauer oder ein Zaun verhindern schon aufgrund des Bauwerkes selbst ein (einigermaßen) friedliches Miteinander-Leben.

Welche Aufgabe hat die Politik mit Blick darauf, die Vergangenheit gegenwärtig zum Sprechen zu bringen?

Lange vergangen scheint der Mauerbau, vor 65 Jahren wurde die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Deutschland mit Steinen verstärkt. Die innerdeutsche Grenze, die bereits seit 1952 die sowjetische Besatzungszone zum Westen hin abgeriegelt hatte, sollte ihr letztes Schlupfloch verlieren, in Berlin. Am 13. August 1961 begann der Mauerbau. Ausdruck davon, dass die Menschen im Ostteil Deutschlands die Mauer durchaus nicht im Sinne der SED-Propaganda als „antifaschistischen Schutzwall“ verstanden, waren die vielen Fluchten und Fluchtversuche, die gefährlich waren und allzu oft tödlich endeten. Für die Freiheit wagten es die Menschen, die Mauer zu überwinden. Für die, die dabei starben, wurden Kreuze mit Fotos zur Erinnerung direkt neben dem Reichstag aufgestellt. Ein kleines, aber eindrucksvolles Mahnmal zur Erinnerung.

Die Hoffnung, ja die Euphorie der 90er Jahre, das Gefühl, die Freiheit hat über die Unterdrückung gesiegt, die Einschränkung der Menschenrechte im östlichen Europa hat lang genug gedauert und nie wieder sollte ein „Eiserner Vorhang“ Ost- und Westeuropa trennen, resultierte in der Erweiterung

der Europäischen Union. Die Aufnahme der ehemaligen Ostblock-Staaten stellt die europäischen Strukturen bis heute vor eine Belastungsprobe, wie übrigens auch das zeitgleiche Wiederausammenwachsen von Ost- und Westdeutschland. Nicht nur die Freiheit, sondern auch die Verhinderung von Krieg zwischen den ost- und westeuropäischen guten Nachbarn, ist diesen aber Preis wert. Und die Chance, Kontakt zu Menschen aus osteuropäischen Ländern zu knüpfen, nutze ich derzeit fast täglich in Gesprächen mit unserer bulgarischen Gastschülerin, die für ein Jahr bei uns wohnt und unsere Familie bereichert. In meiner Jugend undenkbar, heute ganz einfach.

Das Zusammenwachsen von Ost und West ist ein dynamischer Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Bei aller Annäherung, die Differenzen der Sozialisation „vor und hinter der Mauer“ zeigen sich in vielfältiger Weise. Zur Verständigung gehört Kommunikation – das ist eine Binsenweisheit. Zur Verständigung kann auch beitragen, dass das System der DDR, die geschichtlichen Hintergründe und ideologischen Grundlagen des Staates sowie die Lebensumstände der DDR-Bürger in unserem kollektiven Gedächtnis verankert werden. Das ist nicht nur Aufgabe des Geschichtsunterrichts in allen Schulformen, sondern liegt auch in der Verantwortung der Politik. Der Tag der Deutschen Einheit ist ein Ausdruck davon. Aber wir müssen uns davor schützen, die Wiedervereinigung weiterhin so unzureichend zu begleiten und nur von einer Betrachtungswarte aus zu beurteilen – als Ausweitung des westdeutschen bundesrepublikanischen Systems auf die neuen Bundesländer. Die Erfahrungen der sozialistischen Zeit in Ostdeutschland gehört gleichberechtigt zur Identität Gesamtdeutschlands.

Der freie Fall

Von Maren Tscherner,

Zeitzeugin

Es gibt Ereignisse, die das Leben eines Menschen grundlegend verändern können, z.B. die Geburt eines Kindes oder der Verlust eines geliebten Menschen.

Dann gibt es Ereignisse, die das Leben einer ganzen Gesellschaft, eines ganzen Landes verändern können. Ich habe genau das miterlebt in dem Land, in dem ich aufgewachsen bin. Groß geworden bin ich in der DDR, in der ostdeutschen Hälfte eines damals noch zweigeteilten Deutschlands.

Die DDR - die Deutsche Demokratische Republik - ein irreführender Name für dieses Land. Der Staat versuchte, eine sozialistische Ideologie zu verfolgen. Aber von einer Demokratie konnte keine Rede sein. Wir lebten in einer Diktatur, in der Menschenrechte eingeschränkt und Gesetze aufgeburdet wurden – zur Not mit Gewalt. Eine Mauer umgab unser Land, unüberwindbar für jeden, der sich ihr näherte. Es gab weder Reisefreiheit noch Meinungsfreiheit in der DDR. Wer sich nicht anpasste, wurde bestraft und jeder war der Willkür des Staates ausgesetzt. Man hatte zu funktionieren und durfte nicht klagen. Wenn man alle strengen Regeln befolgte, konnte man klarkommen in diesem Land. Aber was wurde aus unseren Träumen? Schnell lernten wir, dass Träume hier keinen Platz haben und an die Stelle von Neugier und Phantasie trat Unzufriedenheit und Wut, Verzweiflung und Angst.

Doch lange sollte diese Herrschaft des Staates über ein ganzes Volk nicht dauern. Denn diese Diktatur wurde gestürzt, in die Knie gezwungen. Es war ein langer Prozess, in dem nicht nur unser Volk aufbegehrt sondern auch in anderen Teilen Europas ein Umdenken stattfand und neue Wege freimachte. Die Zeit war gekommen und jeder wusste, dass wir die Chance nutzen mussten. Wochen und Monate haben wir an den Montagsdemonstrationen teilgenommen und die wachsende Unruhe in der Bevölkerung gespürt. Begleitet von Ängsten auf Bestrafung oder gar Festnahme machten wir weiter, um unseren Unmut zu zeigen. Endlich wollten wir gehört

werden, unsere Meinung äußern, unsere Forderungen stellen nach Meinungsfreiheit, Reisefreiheit und nach Gerechtigkeit.

Politische Veränderungen in den Nachbarländern und in der damaligen Sowjetunion ergaben außergewöhnlich günstige Bedingungen, um die Bewegungen in unserem Land und die Proteste lauter werden zu lassen. Die Zeit war emotionsgeladen und hektisch. Ein ganzes Volk war in Aufruhr, viele Menschen waren verängstigt vor der Staatsgewalt, die dem Ganzen ein jähes und schreckliches Ende hätte setzen können.

Gern hätten wir uns auf die Fahnen geschrieben, dass allein durch die revolutionären Bemühungen unseres Volkes die Diktatur zum Einsturz gebracht wurde. Aber genau genommen haben sich ähnlich wie bei einer totalen Sonnenfinsternis alle politischen „Gestirne“ im Ausland und im Inland in die eine bestimmte Position bewegt, um diese friedliche Revolution möglich zu machen und letzten Endes die Diktatur zu bezwingen. Ein Ende ohne Schrecken und Blutvergießen – etwas, was ich bis dahin für schier unmöglich gehalten hatte. Ein falscher Wimpernschlag hätte alles in eine andere Richtung bewegen können. Aber es ging gut, es blieb bis zum Schluss friedlich.

Auch an dem Tag, in der entscheidenden Nacht, als aus einem knapp 155 km langen, massiven Grenzstreifen, der Berliner Mauer, nur noch ein fades Stück Beton wurde. Als der erste Schlagbaum sich öffnete, und das erste Mal nach 28 Jahren die Menschen von Ost- nach Westberlin einreisen durften. Als sich Familien, jahrelang getrennt, wieder in die Arme schließen konnten. Die Nacht vom 09.November 1989, als Deutschland wieder zusammenwachsen konnte – die Nacht, die unser aller Leben veränderte. Es war ein Ereignis, dass wir trotz unserer Demonstrationen und Proteste und der wachsenden Hoffnung so bis zum Schluss nicht für möglich gehalten hatten. Die Ereignisse an der Berliner Mauer in dieser Nacht kamen völlig unerwartet und überraschten jeden von uns. Die Reaktionen reichten von Erstaunen, Glück, Freude und Erleichterung bis hin zur Angst, dass alles nur ein großer Irrtum wäre. An der Grenze in Berlin brach ein unbändiger Freudentaumel aus. All die aufgestauten Emotionen kamen in einem Moment aus den Menschen heraus und jede Regung war in den Gesichtern zu sehen.

Diese Nacht sollte mein Leben grundlegend verändern, ich hatte nur ausgerechnet in dieser Nacht nicht den leisesten Schimmer davon. Zu dem Zeitpunkt feierte ich mit Freunden im kleinen Kreis meinen 19. Geburtstag. Wir

hatten eine Menge Spaß, es gab Musik und jede Menge Alkohol und jeder kann sich denken, wie der Abend endete. Wir fielen irgendwann in einen Tiefschlaf und versuchten, den Kater am nächsten Morgen zu ignorieren, damit wir uns den harten Tatsachen eines Tages an unserer Universität stellen konnten. Als wir endlich zu zweiten Vorlesung aufkreuzten war die Welt nicht mehr die, die wir kannten. Die Aula war nahezu leer, obwohl es bei uns eine strenge Vorlesungspflicht gab. Überhaupt war kaum jemand erreichbar und die Wenigen, die noch in der Uni waren, konnten keine Auskunft geben, wie und wann und ob es überhaupt weitergeht.

Zunächst mussten wir die Ereignisse der letzten Nacht begreifen und verarbeiten, was eigentlich unmöglich war. Alle fuhren zu Ihren Familien oder gleich nach Berlin oder eine andere Grenze, um diesen Schritt in die Freiheit selbst erleben zu können. Das Land war im Ausnahmezustand, alle Regeln waren außer Kraft gesetzt. Die Firmen blieben geschlossen oder nahezu leer, denn jeder, der konnte, wollte einmal diese Grenze überschreiten, nur um sicher zu sein, dass das alles kein Traum war.

Die Euphorie vom 09. November 1989 dauerte an und übertrug sich in jede einzelne noch so kleine Zelle des Landes.

In den folgenden Tagen und Wochen fühlte sich das Leben wie im freien Fall an. Adrenalin setzt sich frei und der Körper will bersten vor Glück. Alle unsere Hoffnungen auf mehr Rechte und auf Freiheit sollten nun doch wahr werden. Aber der freie Fall setzte auch gleichzeitig Ängste frei, er veränderte unsere Perspektiven, all unsere Sichtweisen. Alles, was bis zu diesem Tag richtig und moralisch gut war, wurde plötzlich in Frage gestellt.

Unsere bisherigen Lebenserfahrungen und Fähigkeiten mussten neu bewertet werden. Unsere streng bewachten Grenzen waren offen und wir konnten hindurchgehen, immer und immer wieder. Im Gegensatz dazu brachen unsere sozialen Sicherheiten plötzlich weg, die meisten unserer beruflichen Ausbildungen endeten abrupt. Aber alle alten Fesseln, die uns unsere Staatsgewalt jederzeit aufgezwungen hatte, wurden nun abgestreift. Wir durften alles sagen, äußern, rausschreien ohne Angst auf Bestrafung. Es gab kein Richtig und kein Falsch in diesen Tagen. Es gab kein Oben und kein Unten und niemanden, der uns einen neuen Weg zeigte. In diesem Moment war alles möglich und doch waren wir überfordert. Der freie Fall – alles, was man kennt, wirbelt einem im rasenden Getöse um die Ohren und verschwindet hinter einem. Man bekommt kaum Luft, weil sich die Welt

um einen herum viel zu schnell bewegt. Die Orientierung geht augenblicklich verloren. Hier im Schwebezustand gibt es nichts, woran man sich festhalten kann, alles dreht sich chaotisch und unaufhörlich. Und da ist dieses wahnsinnige Glücksgefühl, ein kurzes Gefühl von unglaublicher Freiheit. Man möchte es nicht beenden, aber irgendwann muss man die Reisleine ziehen, das Tempo drosseln und schauen, wo man gelandet ist. Der Weg in die neue Welt aus dem Chaos ist schwierig und lang aber auch voller Möglichkeiten. Für diese Möglichkeiten haben wir gekämpft, was wir daraus machen, ist eine andere Geschichte.

Wer diesen Sprung miterlebt und solch eine gesellschaftliche Veränderung durchgemacht hat, wird Erfahrungen mitnehmen, die so tiefgreifend sind, dass sie all unsere kommenden Lebensentscheidungen für immer beeinflussen. Mit meiner neugewonnenen Freiheit bin ich seit dieser Zeit behutsam umgegangen, ich passe auf sie auf und ich möchte sie nie wieder hergeben. Ich musste erst 19 Jahre werden, um zu erleben, was Freiheit wirklich bedeutet und welche große Verantwortung sie mit sich bringt. Darüber denke ich seit dem oft nach, denn all diese Erfahrungen haben mich achtsamer gemacht.

Mauern

Von Michael Verleih,

Zeitzeuge

Mir gegenüber am so genannten Band, also diesem riesigen Arbeitstisch, schuftete im Zuchthaus Brandenburg der Rainer bei der deutschen demokratischen Zwangsarbeit. Er mochte etwa Mitte dreißig sein und war wegen Militärspionage zu siebeneinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Seine Frau hatte man zu drei Jahren Haft verurteilt und auf die Burg Hohe-neck gebracht. Ihre beiden Kinder, zwei Jungen, der ältere war vielleicht zwölfjährig, hatte man in ein sozialistisches Kinderheim gesteckt. Doch der Zwölfjährige war von dort ausgebrochen. Er hatte sich ganz allein durchgeschlagen zu den über achtzig Kilometer entfernt auf einem mecklenburgischen Dorf lebenden Eltern seines Vaters. Dadurch hatten die überhaupt erst erfahren können, wohin ihre Enkel verschleppt worden waren. Sie schafften es, auch den jüngeren, achtjährigen Sohn herauszupressen aus der Abrichtung zum Untertanen. Sie konnten es sogar noch durchsetzen, beide Kinder zu sich nehmen zu dürfen. Ich erlebte es, als sein Vater starb, brachte man nicht die elementare Menschlichkeit auf, Rainers demütiges Gesuch um Teilnahme an der Beisetzung zu bewilligen. Auch mit Rainer lernte ich einen sehr interessanten Menschen kennen. In seinem früheren Leben war der Rainer einerseits Sicherheitsinspektor in einer bedeutenden musealen Einrichtung des Staates gewesen. Andererseits jobbte er an Wochenenden in einer Tankstelle. Und notierte sich die Nummern von Fahrzeugen der Geheimpolizei. Einerseits war Rainer Mitglied der atheistischen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Partei mit der einzig richtigen, der „wissenschaftlichen Weltanschauung“. Andererseits hatte er sich als tiefgläubiger Mensch den Baptisten angeschlossen. Beiden Seiten verschwieg er die andere Mitgliedschaft.

Mir verkörperte Rainer in gewisser Weise die auf die Spitze getriebene Typisierung des DDR-Bürgers.

Doch warum notierte er sich die Autonummern der Geheimpolizei? Weil, Rainer wollte mit seiner Frau und den Kindern weg aus der Deutschen Demokratischen Republik. In der er sich, zum Beispiel in religiöser Hinsicht, unterdrückt fühlte. Er wollte in die Bundesrepublik, er wollte im anderen

Teil Deutschlands leben. Aber wie? Als Sicherheitsinspektor konnte er keinen Ausreiseantrag stellen. Das heißt, ihn stellen, hätte er schon können. Aber als hochintelligenter Mensch rechnete er sich sogar Schlimmeres aus als keine Chance für eine Bewilligung seines Antrages. In seiner Verzweiflung war er nun der Idee verfallen, an die andere Seite des „besseren Deutschlands“ heranzutreten und dabei vermeintlich wichtige Informationen anzubieten. Mit der Bitte um Unterstützung bei der Übersiedlung für sich und seine Familie.

Also unternahm er mit dem Auto eine Ferienreise nach Prag, samt Frau und Kindern. Dort suchte er die bundesdeutsche Botschaft auf, übergab die Liste mit den Autonummern und bat um Hilfeleistung für seine Bemühungen um Entlassung aus der ostdeutschen Staatsbürgerschaft.

Mich wunderte, dass Rainer nicht gleich bei der Rückreise verhaftet worden war. Doch sie kamen gut zu Hause an, und Rainer setzte seine Inspektions-tätigkeit anscheinend unbehelligt fort.

Nun besaß seine Frau aber noch eine verheiratete Schwester, und diese und ihr Mann mochten ebenfalls nicht länger in dem Deutsche Demokratische Republik genannten Polizeistaat auf deutschem Boden weilen. Zum Zwecke des Abhebens hatten sie sogar ein Flugzeug konstruiert und eigenhändig zusammengehämmert. Während meines Verbrecherlebens war ich Ballonbauern, Taucherausrüstungsbauern und U-Bootbauern begegnet. Alles kluge Leute und geschickte Bastler. Die meisten hinter Gittern. Und zwar weil sie unter schwierigsten Bedingungen ihre Maschinen heimlich und findig für eine einzige, alles entscheidende, lebensgefährliche und lebensverändernde Reise erbaut hatten. Doch ausgerechnet die war illegal. Also intelligente sensible Menschen fühlten sich in dem Staat, dessen Eingeborene über all die Jahrzehnte, ohne die Wahlkabine auch nur zu betreten, zu anscheinend neunundneunzig zwei Drittel Prozent ihre Stimmzettel für die Einheitsliste der „Kandidaten der Nationalen Front“ entgegennahmen, vor aller Augen zusammenfalteten und in die Urnen warfen, sich offenbar derart unwohl, dass sie alles daransetzten und unter bedrohlichen Umständen konspirativ komplizierte Ausbruchswerkzeuge erdachten und zusammenleimten, um unter Lebensgefahr zu fliehen aus der angeblich besten aller Welten, aus der Krönung der Menschheitsgeschichte. Warum also nicht auch mal Flugzeugbauer? Im Privatleben war man Zierfischhändler.

Besagter Schwager befand sich ebenfalls in Brandenburg, allerdings in einem anderen Arbeitskommando. Ich sah ihn beim Gottesdienst. Die Schwägerin weilte inzwischen, wie ihre Schwester, auf Burg Hoheneck. Denn als das Fluggerät fertig war, hatte man vor dem Jungfernflug, der gleichzeitig der einzige Flug der Maschine werden sollte, erst noch einiges überprüfen müssen. Rainer und seine Frau unterstützten tatkräftig den Zierfischhändler und seine Frau beim Auf- und Abbau des Apparates. Bei jenem letzten Countdown waren die beiden Ehepaare dann plötzlich verhaftet worden. Vor Gericht erklärten Sachverständigengutachten ihre Maschine für "voll flugfähig".

"Weißt du", erzählte Rainer mir, "wenn bei der Stasi Besuchszeit war, wenn meine Frau und ich uns endlich wiedersahen, dann haben sie uns das vorher nie gesagt!

Immer wurde einer von uns durch die Gänge in einen Raum geführt, und dann ging die Tür auf, und da saß der andere schon mit dem Vernehmer am Tisch. Und dann saßen wir uns urplötzlich gegenüber. Auf jeder Seite ein Vernehmer, und wir konnten uns nie etwas sagen. Weil wir nur geweint haben! Dann war die halbe Stunde vorbei, und wir wurden wieder abgeführt. Nicht ein einziges Mal hat man uns vorher gesagt, dass wir uns jetzt wiedersehen würden."

In Brandenburg, im Strafvollzug, betraf es nicht wenige, bei denen gleichzeitig weibliche Familienangehörige im Zuchthaus Hoheneck inhaftiert worden waren. Zum überwiegenden Teil handelte es sich bei dieser Familienhaft wohl eher um ein Merkmal politischer Gefangener. Da sahen sich die Ehepaare alle halbe Jahre einmal. Nach meiner Erinnerung war das so geregelt: Während eines Kalenderjahres ging einmal ein Transport mit Ehemännern nach Hoheneck und einmal ein Transport mit Ehefrauen nach Brandenburg. Besuchszeit jeweils eine Stunde. Bei aller Großzügigkeit, selbstverständlich mussten die Transportkosten zuvor von den Gefangenen erarbeitet werden. Sie wurden im Voraus vom Verdienst abgezogen. Mein Verdienst während der Akkordarbeit für den VEB ELMO Wernigerode (ELMO für Elektromotoren) betrug, in einer besonderen Währung, 14 bis 16 Knastmark im Monat. Allerdings großzügigerweise plus kostenfreier so genannter Nichtarbeiterverpflegung plus mietfreiem Wohnen in einer komfortablen 20 qm großen Zelle mit Innenklo! Zusammen mit sieben

Mitgefangenen, verurteilten Mördern, Totschlägern, Triebtätern und gefährlichen Psychopathen.

Von meinem Lohn bezahlte ich mit monatlich 12 Knastmark meinen täglichen Viertelliter Milch, den ich einem Schweißer abkaufte. Die Schweißer erhielten pro Tag einen Viertelliter Milch.

Und natürlich und voller Wonne wurde der Familienbesuch bei der kleinsten Unbotmäßigkeit abgebrochen. Einmal war zum Entsetzen aller Anwesenden, wie man mir berichtete, von den sogenannten Wachteln eine vor Schmerz schreiende Gefangene aus Hoheneck an ihren Haaren aus dem Besuchsraum herausgezerrt worden, wegen irgendeines Fehlverhaltens, eines angeblichen Fehlverhaltens. Der Besuch war beendet, bevor die ersten fünf Minuten vorbei waren. Dieses lehrt, wie man Verbrecherinnen zu vernünftigen Staatsbürgern "erzog".

Ich saß auf meinem angeketteten Hocker am Ende des Bandes. Oder an seinem Anfang. Zwischen den beidseitigen Bändern jener enormen Werkhalle befand sich rechts neben mir der Gang zu der unmittelbar hinter meinem Arbeitsplatz gelegenen Materialausgabe. Auf meiner linken Seite, aber am anderen Ende des Bandes, an der Hallenwand, arbeitete Öli. Ein dunkelhaariger, ruhiger, stets freundlicher und hilfsbereiter Mann. Öli hatte das Urteil "lebenslänglich". Es stand zu vermuten, dass der staatliche Zorn ihn nie wieder herauslassen werde. Was hatte Öli getan? Er war zum Wehrdienst eingezogen worden. Und Öli war Katholik und hatte eines Tages seinen Vorgesetzten um die Erlaubnis eines sonntäglichen Freigangs ersucht, um an

einem Gottesdienst teilnehmen zu können. Dies hatte man nicht nur abschlägig beschieden, sondern obendrein hatte man ihn unsäglich zu drangsalieren begonnen und ihn der Truppe zur allgemeinen Quälerei ausgeliefert. „Kollektiverziehung“.

Denn dazu waren sie ja da, die Kollektive.

Das hatte er nicht lange ausgehalten. Er war gerade dabei gewesen, den letzten Grenzzaun zur Bundesrepublik zu überklettern. Er hing bereits in den Drähten, als er unmittelbar hinter sich plötzlich das wohlbekanntes Entschlackungsklicken einer Kalaschnikow vernahm. Nach einer Schrecksekunde sprang er kurzentschlossen rückwärts und landete tatsächlich auf einem um sich schlagenden Grenzer. Ich weiß nicht mehr die näheren

Umstände, ob es sein Patrouillen-Begleiter war. Jedenfalls löste sich in dieser Gemengelage mindestens ein Geschoß und verletzte den Grenzer im Bauch. Öli hätte nun freie Bahn in den Westen gehabt. Doch Öli rannte in die andere Richtung und holte Hilfe.

Die Hilfe kam zu spät.

Öli erzählte mir, sie hätten ihn ein halbes Jahr lang gezwungen, in einer fensterlosen Zelle von morgens bis abends in vorgeschriebener Haltung an einem Tisch zu sitzen. Außer zu der zu erbittenden Verrichtung seiner Notdurft und zum Essen habe er sich nicht rühren dürfen. Das war durch einen Posten minutiös überwacht worden. Öli, und das nahm ihm niemand übel, versuchte sich mit den Wärtern im Zuchthaus gut zu stellen. Öli im Zuchthaus und seine Eltern draußen kämpften inbrünstig darum, sein Lebenslänglich in eine Zeitstrafe umzuwandeln. Bisher vergeblich. Zu meiner Zeit freute Öli sich dennoch. Er hatte nämlich eine Schwester. Die hatte er noch nie gesehen. Aber sie schrieb ihm und war mittlerweile vierzehn. Und sie wollte ihren Bruder besuchen kommen. Und dieser Besuch schien gestattet zu werden. Es gab Hinweise, Anzeichen und Hoffnung auf Aussichten.

Wenn ich meine Maschine fertig gewickelt hatte, winkte ich immer den "Stempler" heran, der mit Hammer und Prägemeißel durch einen kräftigen Schlag auf den "Ständer" des Elektromotors ihn in seiner speziellen Wicklungsart kennzeichnete. Der Stempler war ein untersetzter Mann. Neben "Kommunistenwilhelm" einer der beiden einzigen Zeitlöhner mit einem politischen Paragraphen in der Halle. Denn er war unfähig, im Akkord zu arbeiten, aus gesundheitlichen Gründen. Einst sollte der Mann auch ein paar Zentimeter größer gewesen sein. Aber infolge einiger Schussverletzungen im Rückgratsbereich war er aus seinem natürlichen Wuchs sozusagen zusammengestaucht worden. Und zwar hatten er und seine Frau ihre beiden Kinder in ihrem Skoda auf der Rückbank verstaut und waren mit dem Fahrzeug in vollem Tempo auf die Passkontrolle zugerast, an einem Grenzübergang Richtung Westen, ich glaube in der SSR, ohne sich durch etwaige Č Haltesignale oder Drohgebärden abbringen zu lassen vom Druck auf das Gaspedal. Selbst nicht, als in ganzen Feuerstößen scharf und gezielt auf sie geschossen worden war. Und solange nicht, bis vor ihnen aus der Betonpiste plötzlich eine künstliche Barriere aufstieg, gegen die sie unrettbar prallten. Auch die Frau des Stemplers soll schwer verletzt worden und in ihrer Körpergröße merklich reduziert worden sein. Ihre Kinder wenig-

tens blieben unverletzt. Ihre Kinder hatte man ihnen weggenommen. Links neben mir arbeitete ein Mann, den alle nur mit seinem Spitznamen "Fichte" anredeten. Die Namensgebung sollte zurückgehen auf den alten Arbeitersportverein "Fichte". Zum einen weil Fichte sonntags auf dem Pausenhof im weißen Unterhemd einige Turnübungen betrieben hatte. Zum anderen weil Fichte als vielleicht Sechzigjähriger seinen Mitgefangenen als uralter Mann galt. Fichte war ein Bankknacker der alten Schule. Das heißt ein Bankknacker, der lieber filigran mit Intelligenz und Werkzeug Tresore knackte als mit Sprengstoff. Und der seiner Intelligenz zum Trotz nun bereits mehr als die Hälfte seines Lebens hinter Zuchthausmauern verbracht hatte.

Ein Bankknacker im Sozialismus?

Seine besten Dinger hatte er freilich im Westen gedreht. Er stand eher auf harte Währung. Aber als ihm dort eines Tages der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, weil seine Verfolger ihm unmittelbar auf den Fersen waren, er anderweitig jedoch nicht mehr wegkonnte, meldete er sich kurzentschlossen an der Grenze des besseren Deutschlands. Mit der Anfrage, ob sie ihn nähmen.

"Die haben mir tatsächlich erklärt, wir hätten ja dasselbe Ziel: 'Auch wir kämpfen gegen das kapitalistische Bankkapital!'"

So konnte er sich dem Würgegriff der kapitalistischen Ausbeuter entziehen und als unbescholtener Staatsbürger in der Ost-Berliner Halbstadt Restpreußens und Sachsens siedeln. "Ich wollte ja, sobald sich drüben die erste Aufregung gelegt hätte, wieder zurück. Und nach Südamerika. Die Vorbereitungen waren gerade angelaufen, da haben sie plötzlich die Mauer hochgezogen!"

Aktuell hatten sie ihm fünfzehn Jahre verpasst: "Lebend kommen Sie hier nicht wieder raus!"

Eines Nachts auf der Straße hätten bestimmte Typen seine Freundin belästigt, er wäre hinzugeeilt. Das hätte zu Handgreiflichkeiten geführt. Schließlich hätte er sich nicht anders mehr zu helfen gewusst, als seinen Revolver zu ziehen. Einer der Angreifer wäre verletzt worden mit einem glatten Wangendurchschuss. Und allein dies, in Verbindung mit seinem Waffenbesitz, hätte vor Gericht gegolten. Dass Fichte als gefährlich galt, konnte ich schon daraus erkennen, dass er beim Besuch seiner über achtzigjährigen Mutter den "Sprecher" nur hinter Glas erhielt. Und dass er sich sogar einer

Einzelzelle erfreute. Bis auf die unvermeidliche Zwangsarbeit wollte man ihn lieber nicht mit anderen Gefangenen zusammensperren. Mit all seiner Erfahrung aus West- und Ostknästen war er extrem schlau im Dinger drehen und genoss unter den Gefangenen den gebührenden Respekt. Für mich war es ein Glück, ihn neben mir zu haben. Wir mochten uns. Und wir konnten über viele Dinge sprechen und langweilten uns nie während der eintönigen Arbeit. Mitunter forderte ich ihn heraus zu einem Knastvergleich zwischen den verschiedenen Systemen. Fichte erzählte. Häufig schwärmte er zum Beispiel, dass es im Westknast einen sogenannten Lesezirkel gebe: "Also, du brauchst dir die Zeitschriften nicht zu kaufen! Du kriegst, was du willst. Wenn du etwas ausgelesen hast, gibst du es weiter. Dadurch kannst du praktisch umsonst lesen! Was du willst! Stell dir das mal vor, du sitzt im Knast und hast Zeit und kannst lesen!" Mit verhänglichen Themen wie Systemvergleichen reizte ich ihn jedoch nicht zu oft. Denn vor allem in der Hitze des Sommers, bei einer Temperatur von 35° in der unbelüfteten Werkhalle, geschah es leicht, dass Fichte sich beim Vergleichen in eine unbändige Wut, ja in Tobsucht hineinsteigerte. Mich beschlich die Angst, ihn werde noch der Schlag treffen: Was sie hier mit den Menschen machten! Das habe er nirgendwo erlebt! Diese Zwangsarbeit! Diese einzigartige Szenerie mit den Schwulen! Überall gebe es Schwule, aber was die "Stasi" hier heranzüchte, solche Schweinerei gebe es nirgendwo anders! Und wie sie absichtsvoll die Menschen quälten! Von Staatswegen quälten! Diese Primitivität! Diese Degenerierung! "Guck dir doch an, wie sie sich hier in dem Dreck rumwälzen und sich die Schädel einschlagen und in die Ärsche ficken! Wir sind es doch hier, die nicht mehr als normal gelten! Diese Unmenschlichkeit! Diese Scheißkommunisten!"

Und an diesem Punkt brach es dann aus ihm hervor: Diese verfluchten Amis! Die haben nicht durchgesehen! Die hatten fünfundvierzig als erste und einzige die Bombe! "Kannst du mir sagen, warum sie erst gewartet haben, bis auch die Russen ihre Bombe fertig hatten? Sag es mir! Das war doch absehbar! Warum haben die Amis Moskau nicht sofort bombardiert? Die Amis hätten Moskau sofort bombardieren müssen! Dann wäre uns das hier erspart geblieben! Wie kann man all die Menschen an die Russen ausliefern! Wie kann man solche Schweinerei zulassen!"

Zum ersten Mal erlebte ich es, wie einem Menschen Schaum vor seinen Mund trat! Der troff auf die Maschine im Schraubstock unter ihm.

Was mich zusätzlich erschütterte: Früher hatte mein Freund Lutz mich bisweilen mit illegaler Literatur versorgt, mit Biermanns "Drahtharfe" und seinen "Mit Marx- und Engelszungen", mit Orwells "Neunzehnhundertvierundachtzig" und der "Farm der Tiere", aber auch mit aufregenden Schriften des polnischen Systemkritikers Jacek Kuro. Ebenso hatte er mir Solschenizyns "Archipel Gulag" zugetragen. Und darin war ich auf eine Stelle gestoßen, bei der sich in den sowjetischen Straflagern die Gefangenen wünschten, die Amerikaner mögen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken endlich bombardieren mit samt ihren Arbeitslagern.

Damit ihr Leiden ein Ende habe...

Doch bei aller Mühe, immer ließ es sich nicht vorhersehen, wann Fichte in Rage gerate. Einmal versuchte ich mit ihm ein Gedankenexperiment zu starten über das Thema: In der DDR kämen vernünftige Leute an die Macht und wollten die Mauer einreißen. Das hatte ich einst auch mit meinem Freund Lutz erörtert, während unseres Physik-Studiums an der Humboldt-Uni, im Anschluss an eines jener obligatorischen Marxismus-Leninismus-Seminare bei Frau Professor Pomp. Wie sollte man das denn guten Willens zuwege bringen? Von einem Tag auf den anderen, gewissermaßen über Nacht zu erklären, die Mauer sei weg, ihr könnt euch frei bewegen, diese Vorgehensweise war uns völlig unmöglich erschienen. Da liefen alle ja schlagartig davon, weil sie das für eine einmalige Gelegenheit hielten. Zumal die Maueröffnung ja organisiert werden müsste und sich also kaum zur Gänze geheimhalten ließe. Es müsste ja zuvor auch ein innerer Wandel stattfinden, der das Leben in dem Zwergstaat lebenswert erscheinen ließe. So dass Auswanderung an Attraktivität verlöre. Indem die Menschen vergleichbare Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten wie im Westen erhielten.

Au contraire aber nach und nach und Stück für Stück die Mauer abzutragen, wie sollte das praktikabel sein? Man könnte den Menschen die Freizügigkeit kaum scheinchenweise zurückerstatten. Wie sollten die Menschen solchem Frieden trauen nach alldem? Warum sollten sie glauben, dass es nicht doch wieder anders käme?

Dass die Grenzen nicht doch wieder geschlossen würden. Noch dazu wenn mehr und mehr von ihren genehmigten Westaufenthalten nicht zurückkehrten und jeder, einem ausgeleiterten und damals dennoch ewig aufgewärmten und heute seltsamerweise extrem vergessenen Witz zufolge, Angst bekäme, schließlich zum Der Doofe Rest gehören zu müssen?

Als ich mit Fichte, es war dummerweise wieder sehr heiß in der Halle, darüber sprach, was wäre, wenn es die Mauer nicht mehr gäbe, begann der sich schon nach kurzer Zeit unaufhaltsam aufzupumpen. Er war einfach nicht mehr zu bremsen in seinem Toben, und schon bald trat ihm wieder der Schaum vor den Mund: Wenn die Mauer weg wäre? Was aus diesen Eingesperrten hier werden soll?

"Guck sie dir doch an! Die vertragen die Freiheit doch überhaupt nicht! Die wissen doch gar nicht, was Freiheit ist! Das haben die doch noch nie erlebt! Guck sie dir an! Das sind doch alles Zootiere! Die haben doch Angst vor der Freiheit! Weißt du denn nicht, was passiert, wenn man Zootiere in die freie Wildbahn setzt? Wenn man Käfigtiere auswildert? Das weiß man doch! Die gehn doch ein wie die Primeln, wenn man sie freisetzt! Die überleben doch die Freiheit nicht! Die haben doch keine Chance! Die wolln doch zurück in ihren Käfig! Ja!! Die haben Angst! Die rennen zurück in den Zoo! Damit der Wärter sie füttert! Die sind doch armselig! Guck sie dir doch an, diese armseligen Nillen!"

Auf der anderen Seite unseres Bandes, etwas entfernt vom Rainer, wickelte der vielleicht zwanzigjährige rotblonde Ritterrüstungsverehrer seine Elektromotoren. Er schlief in meiner Zelle in dem dreistöckigen Bett unter mir. Der Rotblonde schwärmte, wie es manchmal zeh- bis zwölfjährige Jungen tun mögen, von mittelalterlichen Ritterheeren und -schlachten. Nichts Konkretes, keine historischen Fakten oder Personen, Begriffe oder soziale Umstände. Stets ging es lediglich um die Frage der Verwundbarkeit oder besser Unverwundbarkeit eines Mannes in Rüstung. Er stellte sich einen geschickten Ritter in seiner Rüstung als unverwundbar vor. Er begeisterte sich daran, unverwundbar sein zu können.

Er hatte zwei Halbwüchsige umgebracht. Er hatte sie gefesselt, mit Benzin übergossen und lebendig verbrannt. Zuvor hatte er von der SS gehört oder einen Film über die SS gesehen und nun SS-Mann spielen wollen. Dafür hatte er acht Jahre bekommen und anschließend die lebenslange Einweisung in eine psychiatrische Klinik.

Links neben ihm in der Werkhalle hatte bis vor kurzem ein Serienmörder, der "Sechsfachmörder" gesessen. Der Mann, Mitte vierzig, hatte jedes seiner Opfer dann mit scharfer Säge zerteilt und unauffindbar beseitigt. Ihm war man nie auf die Spur gekommen. Bis er den Entschluss fasste, selbst aus dem Leben zu scheiden. Aber auch dann würde man ihn nicht überführt

haben, hätte er vor dem beabsichtigten Suizid nicht erst noch einen seine Untaten schildernden Abschiedsbrief verfasst. Und ausgerechnet der Selbstmord misslang! Man entdeckte und wiederbelebte ihn. Man holte ihn ins Leben zurück, um ihn zur lebenslänglichen Strafe zu verurteilen. Inzwischen jedoch war der Mann in der Zuchthaushierarchie aufgestiegen. Er arbeitete heftig an seiner Karriere und brauchte hinfort nicht länger im Akkord zu schufteln.

"Jeder Mörder ist uns lieber als ein Staatsfeind!", hatte der Oberleutnant S. mich einmal angeschrien beim Lohnempfang. Der Schichtleiter in der Halle war ein Doppelmörder.

Seit kurzem saß auf dem Hocker, dem ehemaligen Platz des "Sechsfachmörders", ein Neuzugang. Mit seiner Haftstrafe von gerade einmal zweieinhalb Jahren hatte er meinen Rekord als "Kurzstraffer", nämlich als Gefangener mit dem geringsten Strafmaß in der Halle und im ganzen Haus 1, unterboten. "Über" mir beim Strafmaß war es erst wieder losgegangen mit "Kommunistenwilhelm". Der hatte doppelt soviel wie ich, der hatte acht Jahre Zuchthaus.

Jener Neuzugang, ein etwa fünfundvierzigjähriger Mann, war ein "Ausreiser". Wie der Hans, der mit seiner Familie nach England wollte, und den ich immer nur kurz kennenlernte, weil er unermüdlich zurück in Arrest oder Isolationshaft weggesperrt wurde, hieß der Neue ebenfalls Hans. Versuchte "Republikflucht". Das hatte ich immer für eine bizarre, eine zumindest bedenkenswerte Wortbildung gehalten. Insbesondere für Menschen, die in die Bundesrepublik wollten. Im Französischen existierte gar kein Wort für "Republikflucht". Stattdessen nur Umschreibungen. Und vor 1945, hatte meine Mutter mir erzählt, sollte es "Reichsflucht" geheißen haben. Aber erst nach 1933.

Ins Gespräch war ich mit dem neuen Hans noch nicht gekommen. Bisher hatte ich ihn nur einmal vom Eisenbahnmodellbau schwärmen hören.

Es geschah in der Werkhalle zu einer jener extremen Unzeiten der Fröhschicht, also noch lange vor Morgengrauen, als nach einem kurzen Wortwechsel mein rotblonder Zellengenosse den Hans plötzlich von hinten in den Schwitzkasten nahm und ihn würgend vom Hocker auf die Stahlfliesen des Hallenbodens zerrte. Dort wälzten sie sich herum, doch der Ritterrüstungsverehrer behielt die Oberhand. Alles war sekundenschnell gegangen

und hätte nun vorbei sein können, so wie es täglich geschah. Normalerweise schlugen sie sich im Essensaal aus Eifersucht um einen Bettgenossen oder in der Halle um Werkzeuge oder Material, um eine rare Drahtsorte vielleicht.

Aus Angst, die Norm nicht zu schaffen.

Damit wenigstens einer von zweien seine Arbeit fortführen könnte. Ächzend wälzte man sich auf den Beton-oder Stahlplatten des Bodens, stieß sich in die Genitalien oder versuchte, sich die Augen auszukratzen. Man biss, bespied und berotzte sich.

Um die Norm erfüllen zu können.

Der ideale sozialistische Wettbewerb! Dennoch hatte einer der Zivilmeister aus dem VEB ELMO Wernigerode schon mal durch die Halle gebrüllt: "Rottweiler sollte man auf euch hetzen! Dann würdet ihr wenigstens arbeiten!"

Und, ebenfalls anlässlich eines monatlichen Lohnempfangs, hatte mich, weil ich die Norm wieder nicht erfüllt hatte, jener gesichtszerfurchte Oberleutnant S. vor sich stramm stehen lassen, um mich in Ruhe ausgiebig anbrüllen zu können: "Sie!! Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Die Zeit wird kommen, dafür sorgen wir! Laufen sie ab!"

Obwohl ich trotz der Akkordarbeit sowieso nur noch die so genannte Nichtarbeiterverpflegung erhielt.

Nach zwei, drei unbarmherzigen Fausthieben des Rotblonden leistete Hans keine Gegenwehr mehr. Ja, er rührte sich nicht einmal. Mein Zellengenosse erhob sich geradezu geschmeidig, lief ein paar Schritte beiseite, als wolle er sich die Beine vertreten, kehrte jedoch urplötzlich zurück, holte aus und trat mit aller Kraft gegen den Schädel des noch immer am Boden Liegenden. Wie als würde er wütend einen Ball wegschießen wollen. Mit Mordlust in den Augen. Wo hatte er in Brandenburg bloß dieses derbe Schuhwerk her? Zum ersten Mal, wie mir auch andere Gefangene später versicherten, hatten wir ihn in diesen stabilen Schuhen gesehen.

Noch lange Zeit später, bis heute, wenn ich die Augen schließe, sehe ich nicht die geringste Spur von Blut. Aber überdeutlich sehe ich: Die Stirn von Hans wölbt sich nach innen!

Hans kam ins Häftlingskrankenhaus und wurde nicht wiedergesehen. Gerüchte besagten, er habe überlebt. Der Unverwundbarkeitsträumer wurde zu einem Jahr "Nachschlag" verurteilt, zusätzlich zu seinen acht Jahren Zwangsarbeit. Die anschließende Überweisungsverfügung in eine geschlossene Anstalt blieb bestehen. Das erfuhren wir unter der Hand. Es war nicht zu merken, dass ein Verfahren stattgefunden hatte. Zeugen wurden nicht gesucht, und er wickelte Elektromotoren wie eh und je und schwärmte von Ritterrüstungen, als wäre nichts geschehen.